

# Der **Zimmerer**

**Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands (Sitz Hamburg)**  
**Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg**

Erscheint Jeden Sonnabd. Monatsbezugspreis 50 Pf. (ohne Bestellgeld). Zu bezieh. durch alle Postanstalten • Anzeigenpreis: Nach Tarif der Inseraten-Union GmbH., Berlin SW 68  
 Herausg.: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschl., Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St. • Anzeigen aus den Zahlstellen die viergespaltene Petiizeile 50 Pf.

## Sechs Millionen verlangen Arbeit!

Die wirtschaftliche Situation in Deutschland ist furchtbar ernst. Von Monat zu Monat steigen die Erwerbslosenziffern. Es ist beängstigend, festzustellen, daß der tiefste Punkt der Weltwirtschaftskrise noch nicht erreicht ist. Mit einem weiteren Ansteigen der Erwerbslosenziffern muß, soweit Deutschland in Frage kommt, leider noch gerechnet werden. Die ungeklärten außen- und innenpolitischen Fragen und die zollpolitischen Maßnahmen unserer Absatzländer tragen ihren redlichen Teil zur Verschärfung der Krise bei. Erst wenn es gelingen wird, die großen außenpolitischen Fragen zu bereinigen, werden die Voraussetzungen für einen konjunkturellen Aufstieg gegeben sein. Darüber können jedoch noch Monate vergehen. Was soll aber in der Zwischenzeit geschehen? Will die Reichsregierung die Dinge tatenlos treiben lassen? Die kapitalistische Wirtschaft kann den gordischen Knoten nicht lösen; sie ist gegenwärtig ihr eigener Gefangener. Weil dem so ist, wird es eine der wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung sein müssen, die Initiative zu ergreifen, um Arbeit für Millionen unserer Volksgenossen zu beschaffen.

Wie ist nun der gordische Knoten zu lösen und wie kann die daniederliegende Wirtschaft angekurbelt werden? Das sind Fragen, mit denen sich die Kreise der Fachgelehrten schon seit einigen Monaten beschäftigen. Einig sind alle, die etwas von den Dingen verstehen, daß es auf die Beschaffung von Arbeit ankommt. Um Millionen Erwerbslose in den Produktionsprozeß einzureihen, sind enorme Kapitalmengen erforderlich, über die unsere ausgepumpte Wirtschaft zur Zeit scheinbar nicht verfügt. Schon das erste große Arbeitsbeschaffungsprogramm der Braunkommission sah die Finanzierung des Programms mit Hilfe einer Auslandsanleihe von rund 3 Milliarden Mark vor. Gleich nach Veröffentlichung der Arbeiten der Braunkommission im Frühjahr 1931 trat jene katastrophale Verschlechterung der kreditpolitischen Situation Deutschlands ein, die eine Auslandsanleihe für längere Zeit unmöglich werden ließ. So mußte das erste Arbeitsbeschaffungsprogramm ad acta gelegt werden.

Inzwischen ist die Flut der Not höher und höher gestiegen. Die verhängnisvolle amtliche Politik der Kaufkraftdrosselung wurde fortgesetzt. Mit logischer Konsequenz trat eine Steigerung der Erwerbslosenziffern in allen Zweigen der industriellen und gewerblichen Produktion ein. Die „schicksalhafte Verbundenheit zwischen Preisen und Löhnen“, die der Reichskanzler

Dr. Brüning besonders betonte, hat sich, da die Löhne schneller und tiefer gesenkt wurden wie die Preise, zu einer weiteren Disproportion zwischen Kaufkraft und Einkommen ausgewirkt. Wir sind immer tiefer in die Krise hineingeschliddert. Heraus aus diesem unheilvollen Strudel, das muß das Gebot der Stunde sein.

In neuester Zeit hat sich die Wissenschaft ernstlich bemüht Wege zu zeigen, die aus der Krise führen. Der Leiter des Institutes für Konjunkturforschung Dr. Wagemann sieht in einer Aenderung des Währungssystems einen Weg, der ins Freie führen soll. Wagemann will die Wirtschaft von der Kreditseite her ankurbeln und zu diesem Zwecke den Kredit durch die Schaffung eines Giralgeldes ausweiten. Reichsbank und Reichsregierung haben jedoch diesen Plan abgelehnt, weil er inflationistische Tendenzen aufweist.

Aehnliche Pläne hat der bekannte Statistiker Woytinsky in der Zeitschrift „Die Arbeit“, Heft 6, Jahrgang 1931, vertreten. Woytinsky will Arbeitsbeschaffung durch internationale Kreditschöpfung ermöglichen. Im neuesten Heft „Die Arbeit“ vom Januar 1932 setzt er die Publikation seiner Pläne fort. Von der Forderung der Arbeitsbeschaffung für rund eine Million Menschen ausgehend, verlangt er die Bereitstellung der erforderlichen Mittel durch Kreditausweitung oder neue Geldschöpfung. Um eine Million Menschen ein Jahr lang zu beschäftigen, sind nach Woytinsky rund zwei Milliarden Mark notwendig. Rund eine Milliarde Mark soll durch Kreditausweitung oder Geldschöpfung aufgebracht, eine weitere Milliarde Mark dadurch, daß rund eine Million Arbeiter in den Produktionsprozeß eingereiht und für diese ja die Ausgaben für Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung gespart werden. Allein diese Ersparnisse berechnet Woytinsky mit 600 Millionen Mark, während weitere 400 Millionen Mark durch die Steuern und Sozialabgaben der in Arbeit gebrachten dem Staate zufließen werden. Der Plan mag theoretisch schön und gut sein; er hat bestimmt seine Vorzüge und manches, was richtig ist. Mit einem rechnet Woytinsky allerdings nicht: mit der Psyche eines Volkes, das die Schrecken der großen „Geldschöpfung“ von 1920 bis 1923 miterlebt hat. Eine Regierung, die es wagen wollte, den Kredit durch neue „Geldschöpfungen“ auszuweiten, wird eine Panik und einen bisher nie gekannten Run auf Banken und Sparkassen auslösen. So und nicht anders liegen doch die Dinge. Die „Geldschöpfung“, einmal begonnen, müsse dann weitergehen; sie würde enden in Zuständen, die wir im Jahre 1923 erlebten.

In diesen Tagen veröffentlichte das „Berliner Tageblatt“ einen interessanten Aufsatz von Prof. Lederer. Der Verfasser unterbreitet der Öffentlichkeit einen Vorschlag, der darauf abzielt, „das Produktionsvolumen zu vergrößern, ohne die Marktlage zu beeinträchtigen und ohne das Kredit-system zu desorganisieren“. Der Plan, der von Lederer vorgeschlagen wird, gipfelt in dem Satz: Man muß nur die stillgelegten Unternehmungen mit Arbeitslosen (Arbeitern und Angestellten) wieder in Betrieb setzen und die Produkte an die Arbeitslosen ohne Entgelt verteilen. In ausführlicher Weise behandelt Lederer die Organisation der Produktion, deren Kosten, die Produktionsrichtung und die Kalkulation nebst den Grundsätzen der Verteilung. Wesentlich ist hierbei, daß die Erwerbslosen nicht für den freien Markt produzieren sollen, sondern lediglich für die Arbeitslosen. Als Entschädigung für die geleistete Arbeit in den Betrieben, die nur für Arbeitslose produzieren, soll den Beteiligten

## Lohnpolitische Betrachtungen

Die lohn- und tarifpolitische Entwicklung der Nachkriegszeit hat den Einfluß der Reichsregierung auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer erheblich gestärkt. Man braucht nur an das Schlichtungswesen und an die Tarifvertragsverordnung zu denken, um zu erkennen, daß das Wort vom „politischen Lohn“ nicht ganz unberechtigt ist. Die amtliche Lohnfindung, die in den Schiedssprüchen ihren Ausdruck findet, ist in der Regel sehr stark von den amtlich-politischen Stellen des Reichsarbeitsministeriums beeinflusst. Von dort erhalten die Schlichter bestimmte Anweisungen. Der politische Einfluß der Reichsregierung auf die Lohnbildung trat besonders bei der vierten Notverordnung in Erscheinung. Alle Instanzen, von den Verhandlungskommissionen bis hinauf zum Landesschlichter, haben mit Hochdruck gearbeitet, um dem Verlangen der Regierung zu entsprechen. Es wurde einfach verfügt, daß dem Arbeiter, dem Angestellten und Beamten bis zu 15 % seiner Kaufkraft genommen wird. Das war auch bedeutend einfacher, als die Durchführung der Preissenkung. Nach Meinung der Regierung und der Unternehmer ist die Lohnsenkung notwendig zur Hebung der Wirtschaft. Lohnsenkung führt zur Ankurbelung der Bauwirtschaft, das war die Parole unserer Unternehmer schon bei den Lohnverhandlungen im April 1931. Damals waren im Zimmergewerbe 71,5 % unserer Kameraden arbeitslos. Die damals bestehende zentrale Schiedsinstanz hat für unsern Beruf im April 1931 im Durchschnitt 9,4 % Lohnsenkung angeordnet. Wenn die Auffassung der Unternehmer, daß eine Lohnsenkung die Bauwirtschaft ankurbelt, Wahrheit wäre, dann hätte doch unbedingt nach dieser Entscheidung eine Belebung der Bautätigkeit eintreten müssen. Das Gegenteil war der Fall; immer schlechter wurde die Bautätigkeit

nach wie vor die Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden. Lederer glaubt, daß die Verwirklichung seines Planes eine starke psychologische Wirkung auf den gesamten Wirtschaftsorganismus auslösen wird. Wir können leider diese optimistische Auffassung nicht ganz teilen. Der Plan ist zu utopisch und die Gefahren, die daraus entstehen, sind so groß, daß er kaum realisierbar sein dürfte.

Was soll nun werden? Diese Frage müssen wir immer wieder an die Reichsregierung richten. Ueber sechs Millionen Hand- und Kopfarbeiter sind arbeitslos, sie in Arbeit zu bringen, ist das Gebot der Stunde. Es gibt noch eine Reihe von Möglichkeiten, die zur Ankurbelung der Wirtschaft geeignet sind. Man kann mit Hilfe von Zwangsanleihen, ähnlich wie unter andern Verhältnissen im Kriege, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm finanzieren. Man darf dabei nur nicht zimperlich vorgehen. Die Kapitalbesitzer müssen unter Druck gesetzt werden. Wirtschaftliche Notstände erfordern außerordentliche Maßnahmen; denn sechs Millionen verlangen Arbeit.

und immer größer wurde das Heer der Arbeitslosen. Die Arbeitslosigkeit in unserm Verbandsgebiet stieg von Monat zu Monat. Im Dezember 1931 waren 86,4 % unserer Kameraden arbeitslos. Rechnen wir die Kranken dazu, so stehen kaum 10 % in Arbeit, und diesen Wenigen raubte man noch 10 bis 15 % ihres Einkommens. Soweit die Durchführung der Notverordnung bezüglich der Lohnsenkung in unserm Beruf zu übersehen ist, bringt sie unsern Kameraden einen weiteren Lohnabbau von rund 9,3 % im Durchschnitt. Den Unternehmern im Baugewerbe geht das noch lange nicht weit genug, sie fühlen sich stark und wollen die Konjunktur ausnutzen. Sie wissen, daß es für die Arbeiterorganisationen im Augenblick schwer ist, Kämpfe mit Erfolg zu führen, vor allem nicht auf der ganzen Linie; sie denken nicht daran, daß auch wieder einmal eine andere Zeit kommt, wo die Arbeiter stark sind.

Henry Ford schreibt in seinem Buch „Mein Leben und Werk“: „Das Herabdrücken der Löhne ist das bequemste, aber auch das verwerflichste Mittel einer unfähigen Geschäftsführung“. Diese Binsenwahrheit hat jedoch keine Geltung für die deutschen Unternehmer, vor allem nicht für die Unternehmer im Baugewerbe, diese vertreten die gegenteilige Ansicht.

Die Ablehnung der Allgemeinverbindlichkeit unserer bezirklichen Lohn- und Arbeitsverträge durch den Reichsarbeitsminister, angeblich wegen der zu hohen Löhne, gab den Unternehmern Veranlassung, weitere Lohnkürzungen zu fordern. Die Notverordnung brachte sie ihrem Ziele näher.

Jetzt sollte man glauben, die Unternehmer würden in allen Lohngebieten gemeinsam mit den Arbeiterorganisationen, wie es im Reichstarifvertrag § 1

Ziffer 7 vereinbart ist, den Antrag auf Allgemeinverbindlicherklärung stellen. Weit gefehlt, es gibt bezirkliche Unternehmerorganisationen, wenn auch nicht in allen Lohngebieten, die das ablehnen. Die Unternehmer betonen, die Löhne im Baugewerbe seien viel zu hoch. — Noch toller treiben es die Unternehmer in der Rheinpfalz. Nachdem ihnen der amtliche Schlichter nicht zu Willen war und ihrem Antrag auf Verbindlicherklärung des Tarifanspruches vom 23. November 1931 stattgab, erklärte der Syndikus des Kreisverbandes, Dr. Schmidt, es bestehe nun kein Tarifvertrag im Sinne der Notverordnung. Um nun, da die Arbeitervertreter der Wahrheit gemäß das Gegenteil erklärten, Klarheit zu schaffen, mußte erst das Arbeitsgericht in Bewegung gesetzt werden. Alles nur, um den Lohn der Bauarbeiter noch unter den Stand von 1927 zu drücken.

Aus dem Verhalten der Unternehmer sollten unsere Kameraden lernen. Nicht

Meinungsstreitigkeiten verbunden mit Kampf in den eigenen Reihen geben uns Kraft, diesem Ansturm standzuhalten, ihm zu widerstehen, sondern straffer Zusammenhalt, einiges Zusammenstehen ist nötiger denn je. Wehe den Arbeitern, die in dieser schweren Zeit den Lockungen von rechts oder links folgen, ihre Organisationen preisgeben, sie zersplittern. Sie werden, wenn andere Zeiten eintreten, nicht die Macht besitzen, die notwendig ist, die verlorenen Rechte zurückzuholen, sie werden ohne jeden gewerkschaftlichen Schutz sein.

Unsere Kameraden werden, davon sind wir überzeugt, auch in dieser schweren Zeit ihre Organisation stark und schlagkräftig halten; sie müssen die Wankelmütigen stützen und treu zum Verbandsstand stehen. Daneben gilt es aber auch, den politischen Einfluß der freien Gewerkschaften so zu stärken, daß der „politische Lohn“ künftig unsern Forderungen entspricht. me.

## Zur Frage der Stadtrandsiedlungen

In verschiedenen Gemeinden wird mit den Vorarbeiten für den Bau der Kleinsiedlungen begonnen. Bekanntlich hat das Reich zunächst nur für eine beschränkte Zahl solcher Bauten die Mittel freigestellt. Doch ist zu hoffen, daß es dabei nicht verbleibt, sondern daß eine wesentlich größere Zahl von Bauten noch im Laufe des Jahres erstellt werden kann. Aber auch wenn das geschehen sollte, so wird sich dadurch nur geringe Beschäftigungsmöglichkeiten bieten, zumal nach den Richtlinien die Gewinnung, Bearbeitung und Herstellung der Baustoffe sowie der Aufschließungs- und sonstigen Nebenarbeiten zum Aufbau der Stellen, möglichst im Wege der Selbst- und Nachbarhilfe oder, soweit die Voraussetzungen dafür gegeben sind, des freiwilligen Arbeitsdienstes erfolgen.

Wenn diese Bestimmung streng befolgt wird, so würde das einem völligen Ausschalten des Baugewerbes und damit der baugewerblichen Arbeiter, vor allem der Facharbeiter, gleichkommen. Es sind mehrfach Schritte unternommen worden, unter Hinweis auf die katastrophale Lage des Baugewerbes und die ungeheure Arbeitslosigkeit die erwähnte Bestimmung nicht oder doch nicht im vollen Umfange zur Anwendung zu bringen. Ob diese Bemühungen Erfolg haben werden, läßt sich noch nicht sagen. Bisher haben die reichsamtlichen Stellen in ihren Antworten auf solche Bemühungen auf die Richtlinien über das Verfahren für die vorstädtischen Kleinsiedlungen hingewiesen. Wir geben hier einige Bestimmungen im Auszug wieder:

„Träger des Siedlungsvorhabens sind die Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände. Sie sind, und zwar die Gemeinden und Gemeindeverbände, im Einverständnis mit der obersten Landesbehörde oder der von ihr zu bestimmenden Stelle, berechtigt, die Trägerschaft Wohnungsfürsorgesellschaften, gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen und

dergleichen zu übertragen, wenn sie (die Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände) die selbstschuldnerische Bürgschaft für die Reichsdarlehen übernehmen.

Die Auswahl geeigneter Erwerbsloser ist Sache der Träger in Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern und den öffentlichen Fürsorgestellen. Es ist besonders darauf zu achten, daß die einzelnen Siedlungsvorhaben von geeigneten Führungspersonlichkeiten geleitet werden. Vereinigungen, die Gruppen von Arbeitsdienstwilligen für Arbeiten dieser Art zusammenfassen, sind vorzugsweise zu berücksichtigen.

Aufgabe der Träger ist es, die einzelnen Siedlungsvorhaben zu organisieren, das erforderliche Land zu beschaffen, die Pläne für dessen Aufteilung und für die zu errichtenden Baulichkeiten aufzustellen, die baupolizeilichen und sonstigen Genehmigungen zu besorgen und das Siedlungsvorhaben durchzuführen.

Alle Arbeiten sind, soweit irgendmöglich, von Erwerbslosen, und zwar in erster Linie von solchen, die Kleinsiedlerstellen erhalten sollen, in gemeinschaftlicher Arbeit auszuführen.“

Ein Abweichen von dieser letzteren Bestimmung ist zulässig, wenn sich die Träger dazu bereithalten. Wir würden unsern Zahlstellen deshalb raten, in allen Gemeinden usw., wo derartige Arbeiten projektiert oder in Vorbereitung sind, durch Eingaben oder persönliche Vorstellung dahin zu wirken, daß diese Arbeiten von Bauarbeitern ausgeführt werden. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Es kommt darauf an, für die beschränkten Mittel eine möglichst solide Arbeit herzurichten. Dabei sind Facharbeiter unentbehrlich. Sie haben aber auch nach jahrelanger Erwerbslosigkeit einen Anspruch auf Beschäftigung. Man darf ihnen deshalb diese an sich geringe Arbeitsmöglichkeit nicht auch noch verkümmern.

## Löhne, Lebenshaltungskosten und Existenzminimum

Das Internationale Arbeitsamt hat soeben die Ergebnisse einer vor zwei Jahren begonnenen Erhebung über Lohn und Lebenshaltungskosten in 14 europäischen Städten im Vergleich zur Kaufkraft der Fordlöhne in Detroit veröffentlicht. Die Ergebnisse sind in mehr als einer Hinsicht interessant. Schon die Tatsache, daß der deutsche Unternehmervertreter in Genf die Zurückziehung der bereits der Öffentlichkeit übergebenen englischen Ausgabe dieser Erhebung durchsetzen konnte, läßt erkennen, daß die Ergebnisse der Erhebung mindestens den europäischen Unternehmern nicht passen. Zum Verständnis der Erhebung und ihrer Schlußfolgerung ist es notwendig, einiges über ihren Ursprung zu sagen. Henry Ford beabsichtigte vor mehreren Jahren die Errichtung von Zweigfabriken in 14 europäischen Ländern. Er wollte zu diesem Zweck wissen, welche

Löhne er in den einzelnen europäischen Ländern bezahlen muß, um dem Arbeiter die gleiche Lebenshaltung zu gewährleisten, wie sie einem Ford-Arbeiter in Detroit möglich ist. Er wandte sich zu diesem Zweck an den amerikanischen Century Fund, der sich seinerseits an das Internationale Arbeitsamt in Genf wandte und dem Amt auch die erforderlichen Mittel zur Durchführung der Erhebung zur Verfügung stellte. Diese Erhebung wurde vom IAA. trotz Widerstandes der Unternehmer durchgeführt.

Das Internationale Arbeitsamt hat in Anbetracht der Fragestellung die Untersuchung im wesentlichen auf einen Vergleich der Lebenshaltungskosten in den verschiedenen Städten (Berlin, Frankfurt a.M., Kopenhagen, Stockholm, Helsingfors, Paris, Marseille, Antwerpen, Rotterdam, Manchester, Cork (Irland), Warschau, Barcelona, Konstantinopel) mit

denen in Detroit abgestellt. Die Erhebung geht von dem durchschnittlichen Verbrauch einer 4- bis 5köpfigen Arbeiterfamilie aus unter Zugrundelegung des durchschnittlichen Einkommens eines Ford-Arbeiters. Vergleicht man unter den genannten Voraussetzungen, welchen Anteil seines Lohnes der Arbeiter in Detroit und in Berlin für Nahrungsmittel, Kleidung, Miete, Heizung, Licht und Sonstiges aufwenden muß, so ergeben sich folgende Zahlen:

	Detroit	Berlin
Nahrungsmittel . . . . .	32,3 %	47,9 %
Kleidung . . . . .	12,2 %	14,6 %
Miete, Heizung, Licht . . . . .	28,6 %	16,9 %
Sonstiges . . . . .	26,9 %	20,6 %

Demnach hat der deutsche Arbeiter einen wesentlich höheren Teil seines Einkommens für Nahrungsmittel aufzuwenden als der Amerikaner. Wenn man noch berücksichtigt, daß unter Sonstiges beim deutschen Arbeiter Steuern und Sozialversicherungsbeiträge enthalten sind, so ergibt sich, daß der amerikanische Arbeiter einen wesentlich höheren Teil seines Einkommens zur freien Verfügung hat als der deutsche.

Interessant ist auch die Berechnung der Aufwendungen für 29 verschiedene wichtige Lebensmittel unter Zugrundelegung des Normalbedarfs einer 4- bis 5köpfigen Arbeiterfamilie. Bei einem Lohnanteil von 32,3 %, der auf die Nahrungsmittel für eine Detroit-Arbeiterfamilie entfällt, beläuft sich der jährliche Aufwand hierfür auf 1655 M. Dieselbe Menge Lebensmittel würde in Berlin 1185 M und in Frankfurt a.M. 1318 M jährlich kosten. Da jedoch der deutsche Arbeiter nicht 32,3 %, sondern 47,5 % seines Einkommens für Nahrungsmittel aufwenden muß, erhöhen sich diese Beträge entsprechend, und zwar für Berlin

## Kurzarbeiter, Bürgersteuer und Lohnsteuererstattung

Ueber die Abstellung der unerträglichen Härten, die bei der Erhebung der Bürgersteuer und infolge der Aufhebung der Lohnsteuererstattungen entstanden sind, fand eine Besprechung zwischen Reichsfinanzminister Dietrich, den Vertretern des ADGB., des Afa-Bundes und der übrigen gewerkschaftlichen Spitzenverbände, den Reichstagsabgeordneten Dr. Hertz (SD.), Ersing und Gerig (Z.) statt. Die Vertreter der Parteien und der Gewerkschaften brachten noch einmal die ungeheuerlichen unsozialen Folgen der Bürgersteuer und die Aufhebung der Lohnsteuererstattung zur Sprache.

Bei der Bürgersteuer haben sich diese Härten vor allem bei den Kurzarbeitern ergeben, die in sehr vielen Fällen weniger verdienen, als die Arbeitslosenunterstützung beträgt, deren Lohn ja sogar oftmals unter die Reichssätze der Wohlfahrtsunterstützung sinkt. An Hand vieler Einzelbeispiele wurde dem Minister nachgewiesen, daß bei sehr vielen Kurzarbeitern die heutige Form der Bürgersteuererhebung dahin führt, daß ein Lohnempfänger erst Bürgersteuer zahlen und nachher noch eine Unterstützung von der Gemeinde erhalten muß, weil er weniger verdient, als die Wohlfahrtsunterstützung ausmacht. Gegenüber diesem widersinnigen Rechtszustand haben schon viele Gemeinden den Weg der Selbsthilfe beschritten und durch Vereinbarung mit den Arbeitgebern oder durch öffentliche Bekanntmachung festgelegt, daß in allen Fällen keine Bürgersteuer gezahlt zu werden braucht, in denen das Einkommen die Reichssätze der Wohlfahrtsunterstützung nicht überschreitet.

Ebenso unerträglich ist die Härte, die sich bei Kurzarbeitern ergibt, die zwar mehr als die Reichssätze verdienen, aber weniger, als die Freibeträge der Lohnsteuer ausmachen. Zwar gibt es in der Bürgersteuerverordnung die Vorschrift, daß Lohnsteuerfreie Arbeitnehmer nur den halben Bürgersteuersatz zu zahlen haben. Aber maßgebend für die Anwendung dieser Vorschrift ist nicht das gegenwärtige Einkommen, sondern das Einkommen im Jahre 1930!

auf 1637 M, und für Frankfurt a.M. auf 1860 M. Aus dieser Tatsache läßt sich eine sehr wichtige Schlußfolgerung ziehen, nämlich die, daß sich der deutsche Arbeiter die in der Forderhebung zugrunde gelegte Lebenshaltung gar nicht leisten kann, da ihm die vorstehend genannten Summen für Lebensmittel gar nicht zur Verfügung stehen.

Einwandfrei hat die Erhebung auch ergeben, daß im Vergleich zu Detroit Frankfurt a.M. und Berlin die teuersten Städte Europas sind. Ihnen folgen Kopenhagen, Cork (Irland) und Paris. Am billigsten sind Barcelona, Antwerpen, Konstantinopel und Warschau, während die Lebenshaltungskosten in Helsingfors, Manchester und Rotterdam dazwischen liegen. Will man aus der Erhebung die von Ford gestellte Frage beantworten, so ergibt sich, daß eine Fordfabrik in Berlin ihren Arbeitern 10 bis 17 % weniger zu zahlen hat, um ihnen dieselbe Lebenshaltung zu ermöglichen wie einem Ford-Arbeiter in Detroit.

Dies sind die interessantesten Ergebnisse der eingehenden und umfangreichen Erhebung. Die von den Unternehmern durchgesetzte Zurückziehung der bereits veröffentlichten Erhebung wird unter anderem auch damit begründet, daß die Preisverhältnisse sich in der Zwischenzeit wesentlich verändert hätten. Dieser Einwand ist nicht von der Hand zu weisen. Da aber selbst die Unternehmer nicht zu bestreiten wagen, daß die Löhne wesentlich rascher gesunken sind als die Preise, insbesondere für Nahrungsmittel, kann aus der Erhebung positiv der Schluß gezogen werden, daß sich die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters, der schon vor ein bis zwei Jahren die Lebenshaltung des Ford-Arbeiters nicht erreichte, weiter ganz wesentlich verschlechtert hat.

Die Forderungen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände zur Bürgersteuer gingen auf völlige Befreiung der lohnsteuerfreien Einkommen von der Bürgersteuer. Als das aussichtslos schien, angesichts der katastrophalen Finanzlage in zahlreichen Gemeinden, forderten sie Änderungen in zwei Richtungen: 1. volle Befreiung aller Lohn- und Gehaltsempfänger, die infolge Kurzarbeit oder aus andern Gründen weniger verdienen, als die Reichssätze der Wohlfahrtsunterstützung betragen, 2. Ermäßigung der Bürgersteuer auf die Hälfte bei allen Lohnsteuerfreien, wobei das Einkommen zur Zeit der Zahlung der Bürgersteuer und nicht das Einkommen von 1930 zugrunde gelegt wird.

Reichsfinanzminister Dietrich erkannte die Berechtigung der beiden Forderungen an und sagte zu: 1. Wegen der Befreiung der Einkommen unter den Wohlfahrtsätzen eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Deutschen Städtetag sowie den übrigen kommunalen Spitzenverbänden herbeizuführen, 2. spätestens vom 24. Februar ab bei allen lohnsteuerfreien Arbeitnehmern nur noch den halben Satz der Bürgersteuer zu erheben. Die erforderlichen neuen Durchführungsbestimmungen sollen sofort im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet und bereits in den nächsten Tagen dem Reichsrat zur Verabschiedung vorgelegt werden.

In der Frage der Lohnsteuererstattungen wurde von den Gewerkschafts- und Parteivertretern grundsätzlich die Forderung erhoben, sämtliche Erstattungen wieder einzuführen. Es wurde aber anerkannt, daß aus technischen und finanziellen Gründen die Durchführung dieser Forderung im vollen Umfang im Augenblick nicht mehr möglich ist. Wenn aber schon die Erstattungen aus Rechtsgründen wegen Verdienstaufschlags nicht sofort wieder eingeführt werden könnten, müßten auf alle Fälle die Erstattungen aus Billigkeitsgründen auf Grund des § 131 der Reichsabgabenordnung wieder in Kraft gesetzt werden. Dieser Billigkeitsparagraf steht den Lohnsteuerzahlern ebenso zu wie den Besitzsteuerzahlern. Es gibt daher nur zwei Wege, entweder

die Abänderung dieses Paragraphen allgemein für Besizende und Lohn- und Gehaltsempfänger aufzuheben, oder ihn aber bei beiden Kategorien von Steuerpflichtigen gleichmäßig durchzuführen. Gerade die Beseitigung dieser Erstattungen aus Billigkeitsgründen hat zu besonders rigorosen Härten geführt, wie von den Vertretern der Lohn- und Gehaltsempfänger unter Hinweis auf viele Einzelbeispiele nachgewiesen wurde.

Der Reichsfinanzminister wies darauf hin, daß die Wiedereinführung der Erstattungen aus Billigkeitsgründen einen großen Mehraufwand verursachen und die Gemeinden, insbesondere aber die Finanzierung der Wohlfahrtsunterstützung in neue Schwierigkeiten bringen würde. Er hielt es aber im Augenblick nicht für vertretbar, dieser Forderung zu entsprechen, sagte aber eine nochmalige abschließende Prüfung zu. Eine Sonderregelung soll für diejenigen unständigen Arbeiter angestrebt werden, die nur wenige Tage in der Woche Arbeit haben und Lohnsteuer zahlen müssen, obgleich ihre Löhne die Freibeträge bei der Lohnsteuer bei weitem nicht erreichen. Nach dem Vorbild des Verfahrens bei den Hamburger Hafnarbeitern soll auch für die andern unständigen Arbeiter versucht werden, ein Abzugsverfahren durchzuführen, das in Zukunft die Ueberzahlung von Lohnsteuer nach Möglichkeit ausschließt.

Der Kampf um die Wiederherstellung der Erstattungen wird mit aller Energie fortgesetzt. Bei aller Anerkennung der schwierigen finanziellen Lage der Gemeinden muß eine steuerliche Härte beseitigt werden, die in sehr vielen Fällen gerade die Gemeinden zu erhöhten Wohlfahrtsleistungen zwingt.

## Die Menschheit wird noch mit einer Drei-Stunden-Schicht auskommen

Zweifelloos befindet sich die Menschheit in einer gedrückten Stimmung. Man glaubt das Ende der Welt zu sehen und auf keine Besserung hoffen zu dürfen. Wenn auch die Krise sehr schwer ist, so hat es doch auch in früheren Zeiten Depressionen gegeben, die die Menschheit nicht minder hart bedrückt haben. Im „Berliner Tageblatt“ erinnert der ehemalige Staatssekretär Richard von Kühlmann an eine Voraussage des Engländers Macaulay im Jahre 1830. Vor 100 Jahren glaubte dieser englische Schriftsteller darauf hinweisen zu müssen, daß die allgemeine Tendenz der Entwicklung dahin gehe, steigenden Wohlstand in breitere Kreise zu tragen. England werde 1930 50 Millionen Einwohner zählen, diese würden besser genährt, besser behaust, besser gekleidet sein als ihre Landsleute 100 Jahre vorher. „In allen Zeitaltern sei es den Menschen klar gewesen, daß bis zu ihren eigenen Lebzeiten Entwicklung und Fortschritt unaufhaltsam vorangegangen seien. Trotzdem glaube niemand mit Fortschritt für die kommende Zeit rechnen zu dürfen. Was solle denn der Grund dafür sein, daß man rückblickend nur Verbesserung und Fortschritt sehe, für die Zukunft aber nur mit Verschlechterung solle rechnen dürfen?“ Zweifelloos hat der Engländer vor 100 Jahren den richtigen Blick für die zukünftige Entwicklung gehabt. Ebenfalls ein Engländer, J. M. Keynes, hat 1930 einen Aufsatz geschrieben unter dem Titel „Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkel“. Keynes führt in diesem Artikel an, daß der wirtschaftliche Pessimismus der Gegenwart nicht gerechtfertigt sei. Die Menschheit litte nicht an Rheuma des Greisenalters, sondern an den Wachstumsschmerzen zu schneller Entwicklung, an den Schwierigkeiten, eine Wirtschaftsperiode in die andere zu überführen. Die breiten Grundirrtümer der Gegenwart seien der Pessimismus der Umstürzler, die alles für so hoffnungslos schlecht halten, daß nichts Rettung bringen könne als gewaltsame Umwälzung, und der Pessimismus der rückschrittlich Gesinnten, die das Gleichgewicht des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens für so labil hielten, daß die Fortschritte in der Entwicklung ahalten werden. Er hält es für wissenschaftlich begründet, daß nach der bisherigen Entwicklung der Durchschnitts-

mensch nach Ablauf von 100 Jahren wirtschaftlich etwa achtmal besser gestellt sein werde, als er es heute sei. Voraussetzung sei, daß keine großen Krisen ausbrechen und die Bevölkerungszunahme sich in mäßigen Grenzen halte. Wir litten augenblicklich schwer unter einem Zustand, der als technologische Arbeitslosigkeit gekennzeichnet wird. Dies dürfte auch nur eine Uebergangsphase sein. Es ließ sich wissenschaftlich durchaus rechtfertigen, nach 100 Jahren eine Drei-Stunden-Schicht oder nur 15 Arbeitsstunden je Woche für ausreichend zu betrachten. — So denken große Wirtschaftler über die Entwicklung der Zukunft. Wir sollten nicht pessimistischer sein als diese Leute. Durch allzugroßen Pessimismus schädigen wir uns nur selbst.

## Unternehmertum gegen die 40-Stunden-Woche

Das anhaltische Staatsministerium hat die Bauämter des Staates Anhalt angewiesen, bei Bauten in eigener Regie die 40-Stunden-Woche einzuführen und bei Bauaufträgen an private Unternehmer diesen die Einführung der 40-Stunden-Woche zur Pflicht zu machen. Demgemäß wurde auch die Voraussetzung für den Zuschlag der Bauaufträge, die sich aus der Anerkennung der 40-Stunden-Woche ergeben, anerkannt.

Diese staatliche Anerkennung der 40-Stunden-Woche wirkte für die Unternehmer wie ein Blitz aus heiterm Himmel. Der Reichsverband des deutschen Handwerks lief dagegen Sturm, und richtete an den Reichsarbeitsminister eine Eingabe, in der dieser aufgefordert wurde, zu veranlassen, den Erlaß des anhaltischen Staatsministeriums wieder rückgängig zu machen. Begründet wird ihre Stellungnahme damit, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit in einzelnen Gebieten zu Unerträglichkeiten führe und sie deshalb das Vorgehen in Anhalt unter keinen Umständen billigen können.

Auf diese Eingabe erwiderte der Reichsarbeitsminister, daß es dem anhaltischen Staatsministerium seines Erachtens vom rechtlichen Standpunkt frei stehe, bei Bauten in eigener Regie und bei Bauaufträgen an private Unternehmer die Dauer der Arbeitszeit festzusetzen, solange die Festsetzung mit den gesetzlichen Vorschriften nicht im Widerspruch steht. Ein solcher Widerspruch sei nicht zu erblicken; vielmehr sei in sachlicher Hinsicht das Vorgehen des anhaltischen Staatsministeriums sogar begrüßenswert, da der Erfolg der mit den Spitzenverbänden des Baugewerbes eingeleiteten Verhandlungen über eine freiwillige Arbeitszeitverkürzung, besonders soweit die Arbeitgeberseite in Frage komme, nach wie vor zweifelhaft sei. Der Minister erklärte noch, daß für ihn kein Anlaß vorliegt, auf das anhaltische Staatsministerium in dem gewünschten Sinne einzuwirken.

In einer zweiten Eingabe des Reichsverbandes des deutschen Handwerks auf die Antwort des Reichsarbeitsministers wird noch einmal der Standpunkt der Unternehmer zu dem staatlichen Eingriff auf die Verkürzung der Arbeitszeit dargelegt. Sie erblicken in der Einführung der 40-Stunden-Woche bei öffentlichen Bauten in Anhalt einen unerwünschten Vorgriff vor der reichsgesetzlichen Regelung. Wir dagegen wünschen, wenn die reichsgesetzliche Regelung nicht sehr bald eintritt, daß noch mehr Länder von sich aus in dem Sinne, wie die anhaltische Regierung, die Arbeitszeit verkürzen. Hoffentlich wird auch die Antwort des Reichsarbeitsministers auf die zweite Eingabe der Unternehmer in der gleichen Form geschehen wie die erste. Das Unternehmertum beweist durch seine Einstellung, daß es sich noch krampfhaft bemüht, an der langen Arbeitszeit festzuhalten. Dem Reichsarbeitsminister aber rufen wir zu: Landgraf werde hart!

## Organisierung der Arbeitnehmer ein großer Fortschritt

Die Macht der Organisationen im Wirtschaftsleben ist größer als gemeinhin von der großen Masse angenommen wird. Wir stecken in Deutschland in der Organisationswirtschaft ziemlich tief drin.

Wären die Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht organisiert, so würde an dem Charakter der gebundenen Wirtschaft nichts geändert. Aber die Lohn- und Gehaltsempfänger ständen vollständig schutzlos den doppelt und dreifach gewappneten Gegnern gegenüber. Wir würden es begrüßen, wenn jeder Arbeitnehmer von dem Vorteil der Organisation so überzeugt wäre wie ein bürgerliches Blatt, die „Frankfurter Zeitung“, in ihrem letzten Wirtschaftsheft „Nachkriegs-Kapitalismus“:

„Wenn heute von den 30 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland rund 7¼ Millionen in den freien Gewerkschaften, den christlichen Gewerkschaften und dem Gewerkschaftsring organisiert sind, davon allein 5,4 Millionen in den freien Gewerkschaften und davon wieder fast eine Million im deutschen Metallarbeiterverband, so ist eine solche Organisation der Arbeitnehmer, denen auch eine Organisation der Arbeitgeber in den Arbeitgeberverbänden gegenübersteht, unter den verschiedensten Gesichtspunkten auch rein wirtschaftlich als ein großer Fortschritt anzusehen. Wenn diese Gewerkschaften in freier Vereinbarung mit den Arbeitgebern Tarifvereinbarungen treffen, so bedeutet eine solche Aushandlung des Preises der Arbeitsleistung eine gesamtwirtschaftliche Rationalisierungsmaßnahme. Sie bedeutet zwar für den einzelnen unter Umständen eine bessere Orientierung über die Bedingungen des Arbeitsmarktes und schützt ihn so gegen die Möglichkeiten einer Uebervorteilung im Einzelfalle. Aber sie bedeutet nicht etwa eine künstliche Heraufschraubung des gesamten Lohnniveaus. Denn dieses Niveau bestimmt sich natürlich nach der Gesamtnachfrage nach Arbeitskräften im Verhältnis zur Knappheit des Arbeiterangebots und im letzten Grunde nach der Produktivität der Arbeit. Wenn solche Tarifabreden heute vielfach als Symbol einer Schablonisierung der Entlohnungsmethoden oder einer Ueberhöhung des Lohnniveaus angesehen werden, so ist daran nicht eine Monopolmacht der Gewerkschaften schuld.“

## Todesursache und Sterblichkeitsziffer der Zimmerer im Jahre 1931

Wenn man die Sterbetafel des „Zimmerer aufmerksam verfolgt, so findet man, daß im vergangenen Jahre 556 organisierte Kameraden gestorben sind. Nach der Sterbetafel des „Zimmerer“ starb ein Kamerad an Zallengewebevereiterung, Zuckerkrankheit, Halblähmung, Mittelohrentzündung, Zungenkrebs, Wassersucht, Typhus, Wundenbrand, Nervenleiden, Fleischvergiftung, Bauchbruch mit Darmverletzung, Herzasthma, Mandelentzündung und Rückenmarkzehrung. Je zwei Kameraden starben an Rippenfellentzündung und Lungenschlag. Wir können weiter feststellen, daß je drei Kameraden an Blutvergiftung und Luftröhrenkrebs gestorben sind. Jeweils vier Kameraden starben an Blinddarmentzündung, Asthma, Blasenleiden, Hirnhautentzündung und Darmleiden. Im übrigen starben an Leber- und Gallenleiden 6 Kameraden, Verkehrsunfällen 7, Kehlkopfleiden 7, Grippe 9, Nierenleiden 10, Schlagaderverkalkung 10, Gehirnschlag 14, Freitod 15, Schlaganfall 24, Herzleiden 26, Lungenentzündung 29, Lungenleiden 33, Betriebsunfällen 42, Magenleiden 47, Altersschwäche 49, Herzschlag 49. Hinzu kommen noch 135 Todesfälle, wo keine Todesursachen angegeben waren. Nach obigen 556 Fällen errechnet sich ein Durchschnittsalter von rund 54 Jahren. Ziehen wir nun die unnatürlichen Todesursachen, wie Freitod, Verkehrsunfälle usw., ab, so kommen wir auf ein Durchschnittsalter von 58 Jahren. Bekanntlich wird jeder Deutsche im Durchschnitt 49 Jahre alt. Am ältesten werden die Teerarbeiter mit einem Durchschnittsalter von 86 Jahren. Zwei Zimmerer hatten das hohe Alter von 94 und 96 Jahren erreicht. Sehr bemerkenswert ist, daß nicht ein einziger Fall von Rheumatismus zu verzeichnen ist. Inwieweit bei verschiedenen Krankheiten Krebs in Frage kommt, kann nicht angegeben werden, weil das aus den Sterbetafeln nicht immer einwandfrei zu ersehen ist.

## Lehrlinge im Handwerk

Eine genaue Ermittlung des Lehrlingsbestandes im Handwerk wird alljährlich vom Deutschen Handwerks- und Gewerbeamt durchgeführt, dessen Resultat nunmehr für das Jahr 1930 vorliegt. Der Stichtag der Ermittlungen ist der 31. Dezember. Es sind um diese Zeit die wenigsten Zu- oder Abgänge bei den Lehrlingen zu verzeichnen, so daß dadurch das Ergebnis der Erhebung als Jahresdurchschnitt für den Bestand der Lehrlinge im deutschen Handwerk angesehen werden kann. Die umfangreichen Erhebungen werden von den Berufsvereinigungen des Handwerks durchgeführt. Von den insgesamt 67 Handwerks- und Gewerbeämtern Deutschlands haben 62 berichtet, so daß das Ergebnis nahezu lückenlos ist.

Im Jahre 1930 wurden 657 273 Lehrlinge gegenüber 1929 mit 701 374 festgestellt, wobei der Rückgang 44 101 oder 6,3 % des Gesamtbestandes beträgt. Am stärksten hat der Bestand männlicher Lehrlinge abgenommen, und zwar in Baden mit 17,4, Bayern mit 11,5, Sachsen mit 11,3, Württemberg 9,5, Hansestädte 5,6, Preußen 3,3 und die übrigen Länder mit 9,6 %.

Anders verhält es sich mit den weiblichen Lehrlingen. Während bei allen deutschen Ländern ein Rückgang männlicher Lehrlinge zu beobachten ist, so bei weiblichen nur in Preußen mit 9,1, Baden von 11,2 und Württemberg sogar von 25,3 %, stehen dem in allen andern deutschen Ländern Zunahmen bis zu 9,5 % gegenüber.

Einzelheiten über den Lehrlingsstand im Baugewerbe, auf die einzelnen Berufsgruppen verteilt, liegen noch nicht vor. Die Gesamtzahl der Lehrlinge im Baugewerbe beziffert sich nach den Erhebungen auf 160 981 gegenüber 178 365 im Jahre 1929. Es ist somit eine Abnahme von 17 384 Lehrlingen = 9,7 % zu verzeichnen. Das Baugewerbe steht an dritter Stelle der Industriegruppen, die die größte Lehrlingsabnahme aufweisen. Die stärkste Abnahme von Lehrlingen ist in den kleineren Berufen mit 23,5 % eingetreten; denen folgt das Holzgewerbe mit 12,6 %. Durch die Erhebungen unseres Verbandes konnten wir ebenfalls für das Jahr 1930 feststellen, daß in verschiedenen Bezirken die Lehrlingshaltung im Zimmergewerbe bis zu 50 % zurückgegangen ist. Die Wirtschaftskrise, die ja schon im Jahre 1930 außergewöhnliche Formen angenommen hatte, ist auf die Lehrlingshaltung nicht ohne Einfluß geblieben. Der Bedarf an Lehrlingen im Handwerk kann auf Grund der verminderten Lehrlingshaltung und trotz des Geburtenausfalls, der sich im Jahre 1930 bis 1933 auswirkt, noch hinreichend gedeckt werden.

In diesem Zusammenhang ist von Interesse, daß von den 657 273 Lehrlingen, 200 000 haben im Jahre 1930 die Lehre verlassen, ein Altbestand von etwa 500 000 Lehrlingen aus dem Jahre 1929 vorhanden ist. Nun hat der Handwerks- und Gewerbeamt errechnet, daß sich im Jahre 1930 ein Neuzugang mit rund 157 000 Lehrlingen ergab. Das würde gegenüber 1929 mit einem Neuzugang von rund 200 000 einen Rückgang von 43 000 Lehrlingen ergeben oder etwas mehr als ein Fünftel = 21,5 %.

Im Gegensatz zu dieser Erhebung stehen die vom Statistischen Reichsamt durchgeführten Erhebungen über die voraussichtliche Entwicklung des Lehrlingsnachwuchses. Nach der gewerblichen Berufszählung 1925 wurde ein Gesamtlehrlingsbestand in gewerblichen Betrieben von rund 1 Million ermittelt, was unter Abzug aller handwerklichen Betriebe 544 000 Lehrlinge für das Handwerk ergeben würde. Der deutsche Handwerks- und Gewerbeamt hat aber ermittelt, daß in den Jahren 1926 bis 1930 rund 750 000 Lehrlinge vorhanden waren. Für die Jahre 1928 bis 1934 errechnet das Statistische Reichsamt den Bedarf an männlichen Lehrlingen auf 250 000 und bei weiblichen auf 50 000, zusammen also auf 300 000 Lehrlinge. Der Deutsche Handels- und Gewerbeamt aber beziffert den voraussichtlichen Bedarf auf 187 000 männliche und 37 500 weibliche Lehrlinge. zusammen

men also auf 225 000 Lehrlinge pro Jahr. Ausgehend vom Zugang des Jahres 1930 mit 157 000 Lehrlingen würde das einen Lehrlingsmangel von rund 70 % bedeuten. Aber, so sagt der Deutsche Handwerks- und Gewerbetag, es könne nicht bestritten werden, daß einzelne Handwerksberufe tatsächlich mit Lehrlingen überfüllt seien und sich der jährliche Lehrlingsbedarf jeweils nach den wirtschaftlichen Verhältnissen richte. Im Jahre 1930 habe sich nirgends ein Lehrlingsmangel bemerkbar gemacht, was mit Rücksicht auf den Geburtenausfall infolge der Kriegsjahre von Bedeutung ist und das teilweise sogar ein Uebergewicht vorhanden war. Im Jahre 1931 kam ein Teil des zahlenmäßig starken Jahrgangs 1928 zur Entlassung, während der Neuzugang schätzungsweise derselbe wie 1930 war. In diesem Jahr gelangt der Rest des Jahrgangs 1928 und ein Teil des Jahrgangs 1929 zur Entlassung aus der Lehre, während der Neuzugang wiederum etwa der Höhe von 1930 entspricht. Unter diesen Voraussetzungen wird im Jahre 1932 der Lehrlingsbestand auf etwa 1/2 Million zurückgegangen sein. Das würde dann dem Normalstand der Lehrlingshaltung im deutschen Handwerk entsprechen.

### Zahlenmagie

In geschickter agitatorischer Berechnung sucht die NSDAP. sich als die stetig wachsende und deshalb unüberwindbare Bewegung auszugeben. In militärischem Jargon spricht sie von ihrem „stürmischen Vormarsch“, ihren „unaufhaltsamen Siegeslauf“, und es kommt ihr nicht auf einige Hunderttausende bei der Feststellung ihrer Anhänger- und Mitgliedschaft an. Waren es vor kurzem noch 350 000 Parteimitglieder, mit denen sie vor die Öffentlichkeit trat, so wuchs diese Zahl im Munde ihrer Parteipresse sehr rasch auf eine halbe Million, auf 700 000 und augenblicklich gibt man vor, nahe an der Millionengrenze zu stehen. Nach faschistischem Muster soll die Aufnahme in die Partei geschlossen werden, wenn die Mitgliedschaft auf eine Million gewachsen ist.

In ähnlichem Tempo wächst die SA. Hat Hitler noch im November 1931, am 10. Jahrestag der SA.-Gründung, von „fast 200 000 Mann“ seiner Sturmabteilungen gesprochen, so überschlagen sich jetzt die Parteiredner in Zahlenangaben, die von 300 000 oder 400 000 — auf 1 000 000 mehr kommt es gar nicht an — fasseln.

Die genaue Partei- und SA.-Stärke wird sich mit absoluter Sicherheit aus verständlichen Gründen nicht ermitteln lassen. Immerhin muß auf den Trick hingewiesen werden, daß die Nummern der Zehntausenden und Hunderttausenden, die irgend einmal der Partei vielleicht nur auf ein paar Wochen angehört haben, auch dann nicht neu besetzt werden, wenn das Parteimitglied längst ausgeschieden ist. Tritt es nach Jahren etwa wieder ein, so erhält es eine neue Nummer und wird auf diese Weise doppelt gezählt. Es kann keine Rede davon sein, daß die Partei- und die SA.-Mitgliedschaft auch nur annähernd die genannte Stärke hat, und noch viel weniger hat das Schlagwort Inhalt, daß heute 15 Millionen hinter der Partei stehen. Es wird bewußt in die Köpfe gehämmert, und leidet sprechen es hier und da auch Republikaner nach.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, hat die NSDAP. ihren „Siegeslauf“ beendet. Die bayerischen Studentenvahlen, ja selbst die Berliner Wahlen zu der staatlich nicht anerkannten „Allgemeinen Deutschen Studentenschaft“ beweisen einen Rückgang der Bewegung. Selbst auf dem ultrareaktionären Boden der Universität haben die Nationalsozialisten knapp 35 % der Studenten erfassen können, von denen ja schon immer ein erheblicher Teil reaktionären oder nationalistischen Gruppen sich zugehörig fühlte.

In dem Ausposaunen des Schlagwortes „die Bewegung, hinter der 15 Millionen stehen“, „das braune Heer von 400 000 Mann“ liegt aber System: Macht zieht Kräfte an, das weiß die NSDAP. Deshalb gibt sie sich den Schein der Macht und hofft auf die magische Kraft der Anziehung, wenn sie ihr Zahlengaukelspiel den Massen vorführt.

## Verbandsnachrichten

### Unsere Lohnbewegungen

**Gestreikt** wird bei der Firma Beuchelt & Co., Baustelle Schiffshebewerk Niederfinow, Zahlstellengebiet Oderberg, wegen Lohndifferenzen.

### Zentrale Verhandlungen über das Verfahren für die Lohnregelung 1932

Nach § 5 des Reichstarifvertrages haben die Löhne für das erste Vertragsjahr Gültigkeit bis 2. März 1932. Durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 ist diese Bestimmung aufgehoben worden. Die Löhne sind gesenkt und der Ablauftermin ist auf den 30. April 1932 festgesetzt worden. § 5 Ziffer 10 des RTV. bestimmt weiter, daß das Verfahren für die Lohnregelung im zweiten Vertragsjahr durch die zentralen Vertragsparteien festzusetzen ist. Das hätte schon im Januar dieses Jahres geschehen sollen, ist aber durch die Aenderung des Ablauftermins der Löhne für das erste Vertragsjahr noch nicht so eilig gewesen. Die Verhandlungen haben nunmehr am 4. Februar in Berlin stattgefunden. Zu einem Abschluß konnten sie noch nicht geführt werden. Beide Parteien haben die ihnen auf Grund des RTV. übertragene Verpflichtung anerkannt; sie sind auch gewillt, sich über das Verfahren zu einigen. Um beiden Parteien Gelegenheit zu geben, mit ihren zuständigen Organen dieserhalb Fühlung zu nehmen, ist vereinbart worden, die Verhandlungen am 22. Februar fortzusetzen.

### Zahlstellenberichte

**Bautzen.** (Jahresbericht.) Sämtliche Bezirksvertreter sowie einige Kameraden als Gäste waren in der Zahlstellenversammlung am 22. Januar anwesend. Kamerad Löhnert erstattete den Geschäfts- und Jahresbericht. Insgesamt fanden im Berichtsjahr 14 Versammlungen und 3 Vorstandssitzungen statt. Das Arbeitsgericht mußte in 8 Fällen und das Oberversicherungsamt in 11 Fällen angerufen werden. In der Arbeitslosenversicherung konnten 63 Vertretungen vor dem Arbeitsamt durch den Vorstand erledigt werden. — Den Verhältnissen entsprechend ist die Kassenlage günstig zu beurteilen. Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse balancierten mit 5598,25 M und die der Lokalkasse mit 4242,64 M. Auf Antrag der Versammlung erfolgte einstimmige Entlastung des Gesamtvorstandes. Die Neuwahl konnte ohne größere Veränderungen durchgeführt werden. Zum Schluß wurden noch einige Fragen über die Lehrlingsausbildung besprochen.

**Freienwalde i. P.** (Jahresbericht.) Aus dem Bericht über das verflossene Jahr, den der Vorsitzende in der Generalversammlung am 2. Januar erstattete, war zu entnehmen, daß die Arbeitslosigkeit das ganze Jahr hindurch in sehr großem Maße angehalten hat. Im Berichtsjahr haben 4 Versammlungen stattgefunden. Der Vorstand war an mehreren Schlichtungskommissionssitzungen und regelmäßig an den Sitzungen des Ortsausschusses beteiligt. Nach Erstattung des Kassenberichts beantragten die Revisoren Entlastung des Kassierers, die einstimmig erteilt wurde. Bei der Vorstandswahl wurden die bisherigen Funktionäre wiedergewählt. Der Vorsitzende dankte für das dem Vorstand entgegengebrachte Vertrauen und forderte die Kameraden auf, sich der Eisernen Front anzuschließen, um dem arbeiterverräterischen Treiben der Nazis einen festen Wall entgegenzustellen.

**Großenhain.** (Jahresbericht.) Am 17. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kamerad Schneider, erstattete den Jahresbericht. Besonders dankte er den Unterkassierern für ihre Mitarbeit und forderte sie auf, auch im neuen Jahre zur weiteren Festigung der Zahlstelle mit beizutragen. Versammlungen wurden 8 abgehalten. In

2 Versammlungen wurden Vorträge vom Gauleiter, Kamerad Köhler, gehalten. Der Vorstand hatte 5 Sitzungen und 3 Lohnverhandlungen am Orte. Der Vorsitzende erläuterte nochmals den letzten Streik und die Lohnpolitik der hiesigen Unternehmer. Nur aktivste Mitarbeit des einzelnen gibt uns die Gewähr, den Kampf gegen das Unternehmertum und den Faschismus erfolgreich zu bestehen. Anschließend gab der Kassierer den Kassenbericht. Auf Antrag der Revisoren wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab keine wesentliche Veränderung. Der Antrag, daß jeder Erwerbslosen- und Krisenunterstützungsempfänger 5 M pro Woche zu zahlen habe, wurde einstimmig angenommen. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Hirschberg i. Riesengeb.** (Jahresbericht.) Die Generalversammlung der Zahlstelle tagte am 24. Januar, und es waren alle Bezirke vertreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der im Vorjahr verstorbenen Kameraden gedacht. Aus dem Kassenbericht des letzten Vierteljahres und dem Jahresbericht war zu ersehen, daß die Vermögenslage stabil geblieben ist. Sie gibt zu Besorgnissen keinen Anlaß trotz der schlechten Wirtschaftslage. Aus dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß das vergangene Jahr eine weitere Verschlechterung brachte. Durch die Reduzierung der Hauszinssteuer trat für unsern Beruf eine gewaltige Verminderung der Arbeitsmöglichkeit ein. Die Arbeitslosigkeit der Kameraden betrug 60 bis 90 %. Trotz der schwierigen Verhältnisse war es möglich, einen Reichstarifvertrag abzuschließen. Durch die Protokollnotiz zum Reichstarifvertrag glaubten die Unternehmer, neue Lohnverhandlungen einleiten zu können. Bei der Verhandlung am 27. Oktober überreichten sie ihre Abbauforderungen, wonach die Löhne um zirka 30 % gekürzt werden sollten. Für unser Gebiet wäre ein Stundenlohn von 68 M herausgekommen. Auch eine Verschlechterung der Zuschläge und sonstigen Abmachungen war vorgesehen. Unsere Vertreter lehnten das Ansinnen der Arbeitgeber strikte ab. Verschiedene Lohndifferenzen konnten durch die Zahlstellenleitung geregelt werden. Von 11 Vertretungen beim Spruchausschuß des Arbeitsamts zeitigten 9 einen vollen Erfolg. Unsere Zahlstelle umfaßt 56 Baubetriebe, von denen, soweit festgestellt wurde, 28 dem Arbeitgeberverbände nicht angehören. Außerdem sind in 20 Fabrikbetrieben Kameraden beschäftigt. In Hirschberg selbst fanden insgesamt 9 Versammlungen statt. Der Vorstand nahm an 12 Versammlungen in den Bezirken teil. Auch fanden 8 Lehrlingszusammenkünfte statt. Die Zahl der Lehrlinge ist stark zurückgegangen. Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Itzehoe i. H.** (Jahresbericht.) In der am 5. Januar stattgefundenen Generalversammlung gab Kamerad Lohse einen ausführlichen Bericht über das Wirtschaftsjahr 1931. Der größte Teil der Kameraden war im Berichtsjahr arbeitslos. Durch die Frühjahrslohnbewegung wurde uns ein Lohnabbau von 11 M diktiert. In 13 Versammlungen wurden die laufenden Verbandsgeschäfte behandelt. Gauleiter, Kamerad Steffen, war in 3 Versammlungen anwesend. Außerdem fand ein Lichtbildvortragsabend statt, zu dem auch die Frauen eingeladen waren. Außer unserm Verbandsfilm wurde auch eine Reise durch die Alpen gezeigt, die bei den Anwesenden großes Interesse erweckte. Die Schlichtungskommission wurde sechsmal angerufen. An der Verfassungs- und der Maifeier haben sich unsere Kameraden sehr zahlreich beteiligt. Weiter berichtete der Vorsitzende über eine im Berichtsjahr notwendig gewordene Sperre, an der einige Kameraden beteiligt waren. Anschließend gab der Kassierer den Jahreskassenbericht bekannt. Aus der Lokalkasse wurden einige ausgesteuerte Kameraden, die besonders bedürftig waren, unterstützt. Ferner wurden 126 zugereisten Kameraden Schlafmarken ausgehän-

dig. Der Mitgliederbestand betrug 84 Kameraden, davon 6 Lehrlinge. Beide Berichte wurden von den Kameraden gutgeheißen. Dem gesamten Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kameraden auf, auch in dieser schweren Zeit dem Verbands die Treue zu bewahren und vor allem die Bestrebungen der Nazis zu vereiteln, und auch im Bekannntenkreis dahin zu wirken, daß kein Arbeiter sich diesem reaktionären Gesindel anschließt.

**Kelheim.** (Jahresbericht.) Die am 6. Januar stattgefundenen Generalversammlung hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Nach Erstattung des Geschäfts- und Kassenberichts hielt Gauleiter, Kamerad Promm, einen Vortrag über die gegenwärtige Wirtschaftskrise und die Verhandlungen über den Lohn vom 1. Januar 1932. Nach der Diskussion, in der sich die Kameraden im Sinne des Referenten ausgesprochen hatten, erfolgte die Vorstandswahl. Sie ergab, daß die bisherigen Funktionäre wiedergewählt wurden. Der Vorsitzende dankte für das entgegengebrachte Vertrauen und ersuchte um tatkräftige Unterstützung auch in der Zukunft.

**Koblentz.** (Jahresbericht.) Am 24. Januar tagte im Heim der Arbeiterjugend unsere Generalversammlung, in der auch Gauleiter Kamerad Jantzen anwesend war. Eingangs gedachte der Vorsitzende des Ablebens des Kameraden Hermann Kube. Im Geschäftsbericht wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Erwerbslosenziffern im Durchschnitt 80 % betragen. Trotzdem hat die Zahlstelle die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß sie ihren Mitgliederbestand von 317 auf 333 Kameraden steigern konnte. Der Gauleiter referierte eingehend über die gegenwärtige Lage. Die Ausführungen wurden mit großem Interesse verfolgt. Dem Kassierer wurde nach Darlegung des Kassenberichts Entlastung erteilt. In der anschließenden Vorstandswahl wurde der alte Vorstand mit einigen Ergänzungen wiedergewählt. Im Punkt Verbandsangelegenheiten wurde angeregt, daß in den einzelnen Bezirken Vorträge abzuhalten sind, die sich in der Hauptsache mit sozialen Fragen auf dem Gebiet der Fürsorge befassen sollen, denn die meisten Kameraden sind bereits der öffentlichen Fürsorge anheimgefallen. Die ganze Versammlung stand unter dem Eindruck, daß wir in der großen Notzeit einig und geschlossenere, denn je zusammenstehen müssen.

**Lauban i. Schl.** (Jahresbericht.) Die zum Frühjahr 1931 erwartete Besserung der wirtschaftlichen Lage war leider nicht eingetreten. Eine noch nicht dagewesene schlechte Bautätigkeit in unserer Gegend war zu verzeichnen. Demzufolge konnte die Hälfte aller Kameraden auch in den günstigen Monaten keine Arbeit finden. Unter diesen Umständen war an eine erfolgreiche Agitation nicht zu denken. Es fanden 13 Versammlungen statt. In drei Versammlungen wurden Lichtbildvorträge gehalten. Um ein weiteres Abgleiten des Mitgliederbestandes zu verhüten, sind im 4. Quartal an Stelle der Platzkassierer die Bezirkskassierer getreten.

**Mohrungen i. Ostpr.** Die am 30. Dezember stattgefundenen Generalversammlung war sehr gut besucht. Dem Bericht des Vorstandes über das verflossene Geschäftsjahr sowie dem Kassenbericht wurde durch die Versammlung zugestimmt. Um den ungünstigen Finanzverhältnissen der Lokalkasse entgegenzuwirken, wurde beschlossen, die Freimarke mit 10 M für Unterstützungsempfänger und mit 5 M für Wohlfahrtsunterstützungsempfänger zu belasten. Die Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Gauleiter Kamerad Finsel erstattete Bericht über die stattgefundenen Lohnverhandlungen, die auf Grund der 4. Notverordnung notwendig wurden. Weiter wurden noch sozialpolitische und arbeitsrechtliche Fragen besprochen. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf unsern Zentralverband geschlossen.

(Fortsetzung der Berichte auf Seite 54.)

# UNTERHALTUNG WISSEN



## Arbeitslose Zimmerer

Rostet unsere Axt?  
Rostet unser Hirn?  
Nein, da rostet nichts.  
Blank ist das Gestirn.

Ueber Weg und Nacht  
Hält das Ziel uns wach,  
Zimmern wir den Bau  
Zum Zenit hinauf!

Neuer Turm der Welt,  
Nicht gebaut um Geld,  
Steine sind Ideen —  
Rote Fahnen wehen!

Nützet eure Zeit,  
Nützet jede Stunde —  
Was ihr wißt: das bleibt,  
Wissen macht gesund!

Max Dortu.

## Wenn wir marschieren

Von Otto Reschbeil.

Appell!

Die Eiserne Front rollte wie eine Lawine über Deutschlands Gauen. Reichsbanner, die Gewerkschaften, die SPD. und Sportordner, A.-K. bilden heute bereits ein Bollwerk gegen Hitlers Banditentum.

Ausmarsch. Stellplatz. Aus allen Richtungen kommen die Kameraden. Abmarsch. Zusammenschluß mit andern Ortsgruppenformationen. Marschmusik dröhnt durch Gassen und Straßen. Die Sturmkolonnen der Republik marschieren. Frei Heil! Ein sich uns anschließender Zug in musterhafter Ordnung begrüßt uns freudig.

Großer Stellplatz.

Aus Bäche sind Ströme geworden, und die Ströme nun ein Meer. Ein Meer kampfbegeisterter Herzen.

Rote Sturmflaggen, die Fahnen der Republik, knattern im Morgenwinde.

Ueber den gewaltigen Zug schritt das Signal: Einreihen! — Kommandos. — Achtung! Im Gleichschritt marsch! Musik. Die Eiserne Front marschiert.

Wir, Republikaner, Gewerkschafter und Sozialisten, kämpfen für eine sozialistisch-demokratische Republik!

Ueber den feuchten Straßen hallen unsere Marschritte. Unsere Kampflieder klettern an den Häuserwänden empor. Fenster werden aufgerissen. Verschlafene Gesichter sperren Nas' und Ohren auf. Hoch die Republik! Nieder mit der braunen Mordpest! Gellt es den Langschläfern in die Ohren. Auch du gehörst zu uns! Eine Stimme sprach es laut aus dem Zuge. Und ich sah ein Gesicht aus dem Fenster verschwinden, sah am Halse das blaugestreifte Hemd, und eine Hand voll Schwielen. Nicht nur der eine. Die ganze Straßenfront entlang, im Fenster hockend, schauen solche sorgendurchfurchten Gesichter heraus. Arbeiter sind's, die den furchtbaren Ernst der Zeit noch nicht erfaßt haben. Die da meinen, auch ohne uns geht es, — ihr marschiert ja für uns mit. Ihr solltet euch schämen, ihr noch absichtsstehenden Arbeiter. Kommt herunter, nehmt euch ein Beispiel an meinem Vordermann, dem das Laufen mit seinem kranken Fuß gewiß keinen Spaß macht. Aber seht ihn in seine Augen, da sprüht ein Wille, eine Begeisterung; und nur der kann solches besitzen, der sich zäh zu einer Idee durchgerungen hat. Zu einer Idee, ein freier Mensch zu sein.

Und all ihr Frauen und Mütter, wir marschieren für euch. Gedenkt der Greuelthaten Ungarns, wo man Frauen und Kinder geschändet hat. Gedenkt der Kerker Budapests, wo man unschuldige Menschen zu Tode quält. Seht nach Italien, wo man Männer, die als gute Funktionäre der Partei tätig waren, die keinem Menschen je etwas zuleide getan haben, nur weil sie eine andere Ueberzeugung hatten, abschoß wie die Hasen.

Denkt daran! So wird es in Deutschland, wenn diese braune Hitlerpest an

Ruder kommen sollte. Es wird, nein, es darf nicht geschehen. Um das zu verhindern, reihe sich Mann für Mann in die Eiserne Front ein. Komm, Genosse, komm, Kamerad, es sind noch viele Plätze frei. Die Reaktion muß Respekt vor den Sturmkolonnen der Republik bekommen und sich in die Löcher verstecken, wenn wir erst mal angreifen sollten.

Wir marschieren gegen den Feind, wir schlagen ihn. Wir marschieren für die Freiheit, für eine sozialistisch-demokratische Republik.

Es lebe der Kampf!

## Unhygienische Hygiene im Orient

Luft, Licht und Sonne, die Haupterfordernisse moderner Hygiene, gibt es im Orient unbeschränkt. Und doch scheint das noch nicht zu genügen. Denn wer einmal längere Zeit auf Reisen mit Türken, Arabern und Persern zusammenlebt und ihre Lebensgewohnheiten teilt, der muß erst einmal immun werden gegen den Schmutz, um sich seines Lebens wieder freuen zu können. Freilich, mancherorts sieht man krampfhaft Versuche, hygienische Gewohnheiten und die Vorschriften des Westens auch auf den Osten auszudehnen. So bei der Straßenreinigung. Nach Sonnenaufgang früh um 4½ Uhr, werden Schmutz und alle Reste in den Straßen zusammengefegt. Dann, um die Wolken von Staub wieder zu beruhigen, kommt der Araber mit seinem großen Ziegenschlauch und spritzt. Erst einige Stunden später, nachdem die Hunde Gelegenheit hatten, sich an den zusammengefegten Resten zu ergötzen, kommt die Müllabfuhrgesellschaft. Mit den Händen werden die Häufchen zusammengedrückt und in flache Bastkörbe gesammelt, und wo schon eine städtische Müllabfuhrgesellschaft besteht, auf kleine offene Wagen geladen und fortgefahren. Der Direktor beaufsichtigt das selbst. So ist's in Damaskus. In Persien ist man noch etwas weniger fortgeschritten, oder vielleicht haben die Bilanzen westeuropäischer Gesellschaften abgeschreckt; dort wird die Müllabfuhr nur durch einfaches Wegtragen der gefüllten Körbe geregelt oder durch Eseltransport.

Fortschrittlicher schon ist die Milchversorgung. Da gibt es Bimmelbolle in orientalischer Aufmachung. Laut klingelnd durchzieht der Hirte mit seiner Herde alle Straßen und wartet, bis aus den Haustüren die Bewohner herauskommen, um ihr Quantum Milch gleich „ziegenwarm“, garantiert bakterienrein, zu beziehen. Eine wirklich hygienische Einrichtung bei der tropischen Hitze! Nur schade, daß, wenn alle Ziegen leergemolken sind, der junge Hirt den Melkeimer in Ermangelung eines Tropenhelmes sich als hygienischen Schutz gegen die Sonne über den Kopf stülpt.

Dienen die Frauenschleier eigentlich auch als Sonnenschutz? Schwarze Kleider, schwarze „Schadower“ und schwarze Schleier würden dem Europäer in der tropischen Sonnenstrahlung völlig unmöglich erscheinen, und doch tragen arabische und persische Frauen nichts anderes. Zwischen den schwarzen Frauengewändern sieht man manchmal auch weiße, doch dies bedeutet nicht etwa eine moderne Sitte, sondern die weißen Frauen sind die, die das Koranstudium betreiben; es ist also Dienststracht im Gegensatz zu der normalen, dem schwarzen Schleier. Im Hause und wenn sie unter sich sind, gehen auch orientalische Frauen unverschleiert. Auf der Straße oder wenn eines Mannes Auge sie erblickt, darf die Frau nur im Domino gehen. Andere Völker — andere Sitten.

Aus hygienischen Gründen herrscht Hausschlachtverbot. Schlachthöfe werden eingerichtet. Aber der Abtransport des Schlachtgutes läßt zu wünschen übrig. Da kommen sie alle, die Tierbesitzer,

Aufkäufer und Fleischer, laden sich die geschlachteten Stücke auf die Schulter und ziehen los. Schon auf der Straße wird das Fleisch angepriesen und nötigenfalls verkauft oder man hängt es — offen natürlich — zum Prüfen und Bestasten der Ware vor den Fleischerladen, und kämpft einen zähen aber aussichtslosen Kampf mit Millionen von Fliegen, die dies als Aufforderung zum Mahl oder zur Brutstätte ansehen. Freilich: Zuckerbackwerk und Süßigkeiten werden bereits zwangsmäßig aus fliegensicheren Glaskästen verkauft. Das bedeutet aber nur, daß sicher Fliegen in Massen drin sind.

Die Wasserfrage ist eine Hauptkalamität im Orient. Wasserleitungen sind selten; in den Häusern schon fast nie zu finden. Wo Rohrleitungen vorhanden sind, vielleicht gar chloriertes Wasser enthaltend, da glaubt man, besonders glücklich zu sein. Aber der Europäer tut gut, nie ungekochtes Wasser zu trinken, nie auch den Verlockungen der Eislimonadenverkäufer zu erliegen. Denn, wer hat den Transport des Wassers überwacht? Ist es nicht vielleicht aus Brunnen geschöpft, aus denen morgens Karawanen tranken? Ist es nicht vielleicht direkt aus den Bächen entnommen, die durch die Ortschaften fließen, und zu deren Benutzung namentlich in Persien die Hausanlieger stundenweise das „Wasserrecht“ sich gepachtet haben? In Bächen, in denen Wäschewaschen, Geschirrspülen und noch manches andere an der Tagesordnung sind! Vielerorts wird auch das Trinkwasser nicht in Krügen und Eimern, sondern in der schon oben erwähnten Ziegenhaut transportiert, einem ganzen gegerbten Fell, das an den vier Beinen und am Schwanz zugenäht und mit einer Oeffnung am Hals sich zum „hygienischen Wassertransport“ besonders eignet. Zugegeben, daß die Temperatur des Wassers niedriger bleibt als in andern Gefäßen, aber würde es einen Berliner zum Genuß dieses Wassers anregen oder würde er die Butter noch als Molkereibutter ansprechen, die in einer Schafhaut, in diesem Fall sogar mit Wolle, vom Lande in die Stadt transportiert wurde?

Und der Schmutz! Wie bekämpft man den Schmutz, überhaupt die Unsauberkeit der Orientalen? Hat diese Frage nicht auch schon Mohammed beschäftigt? Hat er nicht vielleicht gerade in Erkenntnis dessen, was seinem Volke am meisten nützt, in seine religiösen Vorschriften so viele hygienischen Forderungen hineinverflochten? Sind denn die Waschungen von Kopf, Füßen und Händen, die dreimal am Tage jeder gläubige Mohammedaner vornehmen muß, sind sie nicht ein starker Schutz gegen Krankheit und Verseuchung? Dienen nicht auch die vorgeschriebenen Gebetsübungen, das Knien, Beugen und Aufrichten zu gymnastischen Übungen, ganz besonders bei einem Volke, das zur Leibesfülle neigt, wie der Orientale? Muß uns nicht der Gedanke kommen, daß große Religionsstifter große Führer ihrer Völker waren, nicht nur in religiösen oder politischen Fragen, sondern auch in Fragen der Gesundheit und Hygiene? Bei der Betrachtung des Orients scheint es wirklich so zu sein.

## Lustige Galgengeschichte

Vor gut zwei Jahren brachten unsere Leipziger Kameraden im „Zimmerer“ eine nette Galgengeschichte; auch die Zahlstelle Bochum kann mit einer solchen aufwarten.

Es war in der Regierungszeit des neugebackenen Preußenkönigs Friedrich Wilhelm I. — Die Einwohner von „Baubaukum“, oder besser gesagt, die hohe Obrigkeit, brauchte einen neuen Galgen. Das nützliche Gerät war durch Alter und Witterungseinflüsse schadhaf geworden. Der Hochweise Rat der Stadt Bochum

wandte sich deshalb an die Zimmermeister mit dem Ersuchen, nach vorgelegter Zeichnung einen Kostenanschlag zu machen und die Arbeit auszuführen. Die Meister vom Klammerhaken lehnten aber das Gesuch mit folgender Begründung ab: Am Galgen zu arbeiten ist unehrliche Arbeit, und man kann infolgedessen von einem echten Zunftmann nicht verlangen, daß er unehrliche Arbeit macht. Wir weigern uns ganz entschieden.

Hierauf wandte sich der Hochweise Rat der Stadt Bochum an die Schreinermeister mit demselben Ersuchen. Die Schreinermeister lehnten die Arbeit aber mit der gleichen Begründung ab, und noch dazu mit dem kategorischen Zusatz: „Wenn's die vom Klammerhaken nicht machen wollen, so machen wir's, die Meister von der Ziehklinge und vom Leimtopf, erst recht nicht.“ (Wie haben sich die Arbeitsverhältnisse seit dieser Zeit doch geändert!)

In seiner großen Not wandte sich nun der Hochweise Rat der Stadt Bochum an obengenannten König von Preußen. Und dero Königl. Majestät verfügte unter Androhung von schwerer Strafe, daß die Arbeit sofort auszuführen sei, und zwar abwechselnd einen Tag von den Zimmermeistern, am folgenden Tag von den Schreinermeistern, bis zur Fertigstellung der Arbeit. Und so geschah es. Die Stadt Bochum war noch sehr entgegenkommend und bezahlte sämtliche Verzehr- und Zechkosten. Da nun die Zimmerleute von jeher einen guten Magen hatten, auch vom Alkohol einen guten Stiefel vertragen konnten, so wird wohl der ehrbare Stadtkämmerer Herr Brinkmann bei der Begleichung der Rechnungen kein allzu freundliches Gesicht gemacht haben. E. S.

## Gemüthunger

Der Mensch kommt als geistiges und sittliches Wesen mit seiner leiblichen Nahrung allein nicht aus. Bietet das Leben nicht auch seiner Seele und seinem Geiste Befriedigung, dann verkümmert der Mensch, wie die Blumen ohne Licht verkümmern.

Das hat die Beobachtung der seelischen Entwicklung des Kindes gelehrt. Wenn dem Kinde die Mutter fehlt, so schreibt Prof. Hamburger, dann fehlen ihm die notwendigen Einflüsse mütterlicher Liebe. Ja, diese Kinder leiden, so sagt Hamburger, nicht nur seelisch, sondern sogar körperlich. Es tritt „eine Art Siechtum durch Gemüthunger“ ein.

So bedauerlich es ist, daß das soziale Leben nicht allen Kindern diese notwendige seelische Umwelt in Freiheit gibt, so sehr muß es uns mit Ehrfurcht erfüllen, daß dem Menschen auch die Kultur seiner Seele ein Bedürfnis seines Lebens ist. So groß ist der Mensch! So tief ist sein Wesen! Und solcher Größe und Tiefe gilt unser Kampf um das Leben, daß es solchen Menschen möglich macht.

## Siedlungsamt!

Entschuldigen Sie, ich wollte mich mal wegen der Erwerbslosensiedlung erkundigen!

„Da gehen Sie erst mal zum Siedlungskommissar. Dann holen Sie sich in Zimmer 112 eine Beglaubigung. Auf diese hin wird Ihnen der Siedlungskommissar — zweiter Stock, dritte Tür links — eine Berechtigungsbescheinigung ausstellen. Dann lassen Sie sich Zimmer 218 in die amtliche Liste eintragen. Wenn Sie das haben, gehen Sie nach Zimmer 120 und lassen sich dort beim Siedlungskommissar melden, dann . . .“

„Ja, und wo ist denn das Siedlungsland?“

„Siedlungsland? Ja, das haben wir noch nicht!“

**Lauringen. (Jahresbericht.)** Am 25. Januar fand unsere sehr gut besuchte Generalversammlung statt. Der Kassierer gab den Jahresbericht und erstattete zugleich den Kassenbericht. Anschließend fand die Neuwahl der Vorstandschaft statt und wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Gauleiter Kamerad Schönamsgruber gab Aufklärung über die Änderungen durch die Notverordnungen in der Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung. In der Zahlstelle sind heute alle Kameraden arbeitslos und hatten im vergangenen Jahr nur zwei Kameraden die Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung erfüllt. Mit einer Mahnung, treu zum Verband zu stehen, schloß Kamerad Schmied die Versammlung.

**Marienburg i. Westpr. (Jahresbericht.)** In der am 10. Januar stattgefundenen Generalversammlung erstattete zunächst der Vorsitzende den Kartellbericht und gab anschließend eine Übersicht über die Ereignisse innerhalb des Zahlstellengebiets im Jahre 1931. Einige Streitfälle, die nicht zuletzt auf die schlechte Wirtschaftslage zurückzuführen sind, mußten durch die Schlichtungskommission und vor dem Arbeitsgericht geregelt werden. Von der Arbeitslosigkeit wurden im Durchschnitt des Jahres rund 90 % der Kameraden betroffen. An Versammlungen fanden 12 im Berichtsjahr statt. Trotz der großen Arbeitslosigkeit sind die Kassenverhältnisse in der Zahlstelle günstig zu nennen. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Nach der Wiederwahl der bisherigen Funktionäre berichtete der Vorsitzende über die Auswirkungen der 4. Notverordnung, und behandelte im besonderen die vom 1. Januar an geltenden Lohnsätze. Zum Schluß wurde noch auf die kommenden Wahlen hingewiesen und die Kameraden aufgefordert, sich den Reihen der Eisernen Front anzuschließen, um erfolgreich die Putschpläne der reaktionären Gesellschaft abzuwehren. Mit einem dreifachen Hoch auf unsern Zentralverband fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Miesbach. (Jahresbericht.)** Die Generalversammlung für unser Zahlstellengebiet fand am 27. Dezember statt. Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß 8 Versammlungen stattfanden. Gauleiter Kamerad Schönamsgruber referierte in 2 Versammlungen. Der Zahlstellenvorstand war zweimal im Berichtsjahr in einer Konferenz in Holzkirchen vertreten. Auf diesen Konferenzen wurden besonders die Anträge des Arbeitgeberverbandes auf Ortsklassenzurückversetzung behandelt. Die Arbeitslosigkeit betrug im Durchschnitt 78 %. Die Neuwahl konnte ohne größere Veränderungen der bisherigen Zusammensetzung vollzogen werden. Der Vorsitzende dankte den Kameraden für das entgegengebrachte Vertrauen und forderte sie auf, auch in Zukunft für den Verband zu werben und auch die Bestimmungen des Tarifvertrags überall einzuhalten.

**Muskau. (Jahresbericht.)** In der am 15. Januar stattgefundenen Generalversammlung gab der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal bekannt. Sie schließt in Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse mit 471,30 M ab. Der Lokalkassenbestand konnte von 789,40 M auf 839,70 M erhöht werden. Der Bericht der Revisoren ergab, daß die Bücher der Kasse in Ordnung sind. Auf ihren Antrag wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Den Jahresbericht erstattete Kamerad Kohl. Er schilderte die Arbeit, die im verflossenen Jahr im Interesse der Kameraden vom Hauptvorstand, der Gauleitung und dem Zahlstellenvorstand geleistet wurde. Desgleichen behandelte er ausführlich nochmals die stattgefundenen Lohnverhandlungen. In unserm Zahlstellengebiet hatten wir zu Anfang des Jahres einen Stundenlohn von 1,05 M. Die im März und April stattgefundenen Lohnverhandlungen brachten in freien Verhandlungen keinen Erfolg, so daß der Schlichter den Lohn festsetzte. Der im ganzen Reiche einsetzende Lohnabbau ließ auch den Scharfmachern im Baugewerbe keine Ruhe, so daß sie beim Reichsarbeitsminister wegen neuen Lohnabbaues vorstellig wurden und dort leider ein offe-

nes Ohr fanden. Es setzten neue Verhandlungen ein, die wiederum zu einem Lohnabbau führten, der aber dank unserer schlagkräftigen Organisation abgewehrt werden konnte. Kamerad Kohl erläuterte weiter die Versammlungs- und Sitzungstätigkeit und schloß seine Ausführungen mit einem Appell an die Anwesenden, die Front der Gewerkschaften sowie der Partei fest zu schließen, so daß alle Anschläge der vereinigten Reaktion an dem geschlossenen Willen der „Eisernen Front“ zerschellen. Die vorgenommenen Wahlen ergaben die Wiederwahl des Gesamtvorstandes. In „Verschiedenes“ wurden die Kameraden aufgefordert, allwöchentlich den „Zimmerer“ zu lesen, und mit einem Hoch auf unsern Verband fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Neudamm. (Jahresbericht.)** Der Vorsitzende erstattete in der am 17. Januar stattgefundenen Jahresversammlung den Geschäftsbericht. Insgesamt haben 10 Versammlungen, 13 Kartellsitzungen und 3 kombinierte Sitzungen stattgefunden. Der Kassierer gab den Kassenbericht des 4. Quartals und die Jahresübersicht bekannt. Daraus war zu entnehmen, daß die Kassierung in den besten Händen liegt, was auch von den Revisoren bestätigt wurde. Anschließend gab der Vorsitzende den Kartellbericht. Auch hier war eine rege Tätigkeit zu verzeichnen. Der alte Vorstand im Kartell ist wiedergewählt worden. Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Der Vorsitzende dankte für das dem Vorstand entgegengebrachte Vertrauen.

**Neustettin. (Jahresbericht.)** In der am 23. Januar stattgefundenen Generalversammlung berichtete der Vorsitzende über die Tätigkeit im Jahre 1931, daß 13 Versammlungen und 2 Vorstandssitzungen stattfanden. Schlichtungskommissionssitzungen fanden 2 statt. Die Unternehmer versuchten die Sitzungen zu sabotieren, indem sie unsern Antrag auf Einberufung nicht beachteten. In jedem Falle mußte der Vorsitzende des Arbeitsgerichts einschreiten. Die Bautätigkeit war für einige Monate als gut zu bezeichnen. Die bisherigen Funktionäre wurden einstimmig wiedergewählt. Anschließend berichtete Gauleiter, Kamerad Burmester, über die allgemeine Wirtschaftslage. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Das verräterische Verhalten der Nazis und der RGO. wurde von den Kameraden auf das schärfste verurteilt. Die Kameraden stimmten mit dem Vorsitzenden überein, daß wir uns nicht die bisher errungenen Rechte auf arbeitsrechtlichem wie auf sozialpolitischem Gebiet so ohne weiteres entreißen lassen. Auch dem Aufruf, sich einmütig und geschlossen hinter die Gewerkschaften und die republikanisch gesinnten Verbände zu stellen, schlossen sich die Kameraden einstimmig an. So fand mit einem Hoch auf den Zentralverband die Versammlung ihren Abschluß.

**Oranienburg. (Jahresbericht.)** Am 9. Januar tagte unsere Generalversammlung. Der Kassenbericht vom vierten Quartal sowie der Jahresbericht wurden ohne Einwendung genehmigt. Es fanden im Jahre 1931 12 Versammlungen und 3 Vorstandssitzungen statt. Durch Tod sind während des Berichtsjahres 3 Kameraden von uns geschieden. An Klagesachen hatte die Zahlstelle 2 zu verzeichnen. Die Arbeitslosenziffer wies das ganze Jahr hindurch eine beträchtliche Höhe auf. Die Lokalkasse hatte sehr stark unter dem Druck der Arbeitslosigkeit zu leiden. Der Vorstand wurde mit einigen Veränderungen wiedergewählt.

**Penzig. (Jahresbericht.)** Am 13. Januar fand unsere Jahreshauptversammlung statt. Eingangs wurden die eingegangenen Mitteilungen vom Gauvorstand bekanntgegeben. Anschließend erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, aus dem zu ersehen war, daß zwölf Versammlungen stattfanden. Davon wurden sieben mit Vorträgen ausgestattet. Auch wurde der Jugendarbeit Beachtung geschenkt; innerhalb der Jugendabteilung wurden zwei Vorträge gehalten. Streitigkeiten in der Durchführung des Tarifvertrages sind nicht vorgekommen. Im Durchschnitt waren 76 % aller Zahlstellenmitglieder das Jahr hindurch ohne

Arbeit. Klagesachen sind im Berichtsjahr keine vorgekommen, dagegen wurde vom Gauleiter bei der Handwerkskammer Beschwerde geführt gegen die Lehrlingszüchterei einer Firma, die mit Erfolg endete. Der Lokalkassenbestand ging im Berichtsjahr von 334 M auf 141 M zurück. Im verflossenen Jahre konnten drei Kameraden auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken; die Jubilare wurden durch die Zahlstelle geehrt. Nach dem Jahresbericht referierte Gauleiter Kamerad Köhler über die letzte Notverordnung und ihre Einwirkung auf unsere Lohnbewegung. Der Referent berichtete in ausführlicher Weise über die letzten Lohnverhandlungen und führte uns die Schwierigkeiten vor Augen, die den Verhandlungen gegenüberstanden. Im zweiten Teil seines Vortrages behandelte der Referent mit scharfen, aber sachlichen Worten die gegenwärtige wirtschaftspolitische Lage. Redner wurde am Schluß des Vortrages mit reichem Beifall belohnt. Hierauf fanden die Neuwahlen statt. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Die Versammlungstage für 1932 wurden auf jeden zweiten Donnerstag im Monat verlegt.

**Potsdam. (Jahresbericht.)** In der am 18. Januar stattgefundenen Generalversammlung berichtete der Vorsitzende über die außerordentliche Arbeitslosigkeit im Jahre 1931. Weiter schilderte er eingehend die Lohnbewegung im Frühjahr sowie den zur Zeit geführten Lohnabwehrkampf. Aus dem Jahreskassenbericht war der durch die Erwerbslosigkeit in Mitleidenschaft gezogene lokale Kassenbestand ersichtlich. Der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt. Nach Erledigung lokaler Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Querfurt. (Jahresbericht.)** Der Vorstand erstattete in der Generalversammlung am 10. Januar den Jahresbericht. Die Konjunktur war ziemlich schlecht, so daß eine große Anzahl unserer Kameraden überhaupt nicht ins Arbeitsverhältnis kam. Am 10. April entschied das Tarifamt in Halle für Beibehaltung unserer alten Lohnklasse, entgegen den Wünschen unserer Unternehmer, die uns gern in Lohnklasse III gedrückt hätten. An Versammlungen haben stattgefunden insgesamt 9 und 6 Vorstandssitzungen. Die Mitgliederbewegung wurde durch die trostlose Wirtschaftslage in Mitleidenschaft gezogen und verringerte sich auf 68 Kameraden beim Jahresschluß. Dem Kassierer, der den Kassenbericht vom letzten Vierteljahr erstattete, wurde Entlastung erteilt. Infolge Einführung der 10- $\frac{3}{4}$ -Marke war in diesem Quartal bei der Lokalkasse ein Defizit nicht zu verzeichnen. Die Vorstandswahl vollzog sich reibungslos.

**Regensburg. Im Volkshaus** fand am 10. Januar unsere Generalversammlung statt. Eine reichhaltige Tagesordnung war zu erledigen. Nach Eröffnung der Versammlung wurde das Andenken des verstorbenen Kameraden Scheuer in der üblichen Weise geehrt. Die unerfreuliche Wirtschaftslage kam auch in dem Kassenbericht vom 4. Quartal zum Ausdruck. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß das Jahr 1931 das schlechteste war seit Bestehen der Zahlstelle. Rund 81 % der Kameraden waren im Durchschnitt das ganze Jahr arbeitslos. Zur Erledigung der Verbandsangelegenheiten waren 7 Versammlungen, 2 Sitzungen und einige Arbeitsgerichts- und Lohnverhandlungen notwendig. Trotz der ungünstigen Wirtschaftslage treibt die Lehrlingszüchterei höchste Blüte. Am 24. August wurden nicht weniger als 21 Lehrlinge und 6 Praktikanten ermittelt. Am gleichen Tage waren nur 5 Poliere und 13 Gesellen in Arbeit. Aus dem Jahresbericht des Kassierers war zu entnehmen, daß bei einem Mitgliederbestand von 131 Kameraden nur 1200 Beitragsmarken und 6000 Freimarken abgesetzt wurden. Die Entschädigungssätze für die Zahlstellenverwaltung wurden neu festgesetzt, sie wurden entsprechend den Kassenverhältnissen ermäßigt. Außerdem soll künftig ein Lokalbeitrag von 5  $\frac{3}{4}$  und eine Kolportagemarke von 15  $\frac{3}{4}$  eingeführt werden. Am Schlusse der Versammlung wurde der Vorstand gewählt.

**Reudenburg. (Jahresbericht.)** In der am 16. Januar stattgefundenen Generalversammlung gab Kamerad Schmidt einen ausführlichen Bericht über das verflossene Geschäftsjahr. Die Wirtschaftskrise wirkte sich in unserm Zahlstellengebiet ganz besonders aus. Die Bautätigkeit war äußerst gering. Aus öffentlichen Mitteln wurden überhaupt keine Bauten aufgeführt, sondern nur einzelne kleine Privatneu- bzw. -umbauten. Die durchschnittliche Jahreserwerbslosigkeit betrug in unserer Zahlstelle 66 %. Zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten waren fünf Vorstandssitzungen und insgesamt zehn Versammlungen nötig. Gewerkschaftliche Vorträge wurden im Laufe des Jahres zwei gehalten. In Lehrlingsstreitigkeiten waren zwei Fälle zu vertreten, die beide durch Vergleich ihre Erledigung fanden. Vor dem Spruchauschuß waren acht Fälle zu vertreten, sieben davon sind zu unsern Gunsten ausgefallen. Am Arbeitsgericht wurden zwei Klagen durchgeführt. Zu Lohndifferenzen ist es nicht gekommen. Die 48stündige Arbeitswoche wurde überall innegehalten. Für den Landbezirk wurden einige Beschwerden über längere Arbeitszeit beim Gewerberat vorgebracht. Im Berichtsjahr wurden sechs Kameraden, die 25 Jahre und mehr dem Verbands treue bewahrt haben, geehrt. Einen schweren Verlust hatte die Zahlstelle durch das Ableben des Kameraden Litzing zu verzeichnen. Der Vorstand wurde in seiner alten Zusammensetzung wiedergewählt und dankte der Versammlung für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Er richtete den Appell an die Kameraden, dem Verband die Treue zu bewahren.

**Röhrda. (Jahresbericht.)** Am 17. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Gegen den vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht und den Bericht des Kassierers wurden keine Einwendungen erhoben. Der gesamte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Auf Antrag des Vorsitzenden wurde beschlossen, vom 1. Januar an einen Monatsbeitrag von 10  $\frac{3}{4}$  von allen Mitgliedern zur Stärkung der Lokalkasse zu erheben. Kamerad Schmeuß, Kassel, hielt einen Vortrag über die Wirtschaftskrise und ihre Auswirkung. Die Ausführungen wurden mit großem Interesse verfolgt. Die Versammlung fand mit einem Hoch auf unsern Verband ihren Abschluß.

**Rosenberg i. Westpr. (Jahresbericht.)** Der Vorsitzende erstattete in der am 16. Januar tagenden Generalversammlung einen ausführlichen Bericht über das Geschäftsjahr 1931. Die vom Kassierer erstattete Abrechnung über das 4. Quartal wurde von den Revisoren für richtig befunden und die beantragte Entlastung von der Versammlung einstimmig erteilt. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Dem Antrag des Vorsitzenden, die Freimarken mit 10  $\frac{3}{4}$  zu verkaufen, stimmte die Versammlung zu. Der Vorstand wurde beauftragt, bei den öffentlichen Körperschaften vorstellig zu werden, daß bei Arbeiten innerhalb des Zahlstellengebiets in erster Linie die schon lange erwerbslosen Kameraden berücksichtigt werden. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kameraden, die Versammlungen immer fleißig zu besuchen, damit alle Kameraden über die Vorgänge im Zahlstellengebiet unterrichtet sind.

**Rosenheim. (Jahresbericht.)** Am 10. Januar fand unsere Generalversammlung statt, an der auch Kamerad Reitberger von Gauvorstand erschienen war. Nachdem der Kassenbericht ohne Einwendung angenommen war, erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Der Ausschluß wurde einstimmig wiedergewählt. Nach einem Beschluß werden ab 1. Januar die Freimarken mit 10  $\frac{3}{4}$  bewertet. Hierauf ergriff Kamerad Reitberger das Wort über die Auswirkung der 4. Notverordnung, die uns mit ihrem rücksichtslosen Lohnabbau am schwersten getroffen hätte. Auch streifte er das willkürliche Vorgehen der Unternehmer einerseits und die Zersetzung unter der Arbeiterschaft andererseits. Der Vorsitzende dankte dem Referenten für die Ausführungen und schloß mit einem kräftigen Appell an die Kameraden, auch in Zukunft treu zum Verbands zu stehen.

**Sagan i. Schl. (Jahresbericht.)** Unsere Jahreshauptversammlung zeigte durch sehr guten Besuch, daß die Kameraden auch im neuen Jahr ihre Organisation zu schätzen wissen. Lebhaftige Befriedigung löste die Mitteilung aus, daß wir, nachdem im Magistrat Besprechungen zum Projekt Randstadtsiedlung stattgefunden haben, von dieser Gottesgabe verschont bleiben. Der Magistrat hat beschlossen, der Regierung mitzuteilen, daß das Projekt in Sagan abgelehnt ist. Der Jahresbericht des Vorsitzenden, der sehr ausführlich gehalten war, zeigte, daß die Arbeit der Funktionäre innerhalb der Organisation sehr vielseitig war. Dies fand auch seinen Ausdruck bei der Vorstandswahl, die fast keine Veränderung brachte. Der Kassenbericht zeigte ein Spiegelbild der Lage, in der sich das Baugewerbe befindet, mit dem Unterschied, daß die lokalen Kassenverhältnisse der Zeit entsprechend gut sind. Im weiteren Verlauf der Versammlung gab der Vorsitzende Bericht über Aenderungen der Richtsätze bei Berechnung der Krisenunterstützung. Dem folgte Bekanntgabe der Richtlinien, die für Befreiung von der Hauszinssteuer zu beachten sind. Zum Schluß richtete der Vorsitzende an die Kameraden die Mahnung, auch im neuen Jahr ihre ganze Kraft für unsern Verband einzusetzen.

**Schleswig. (Jahresbericht.)** Die im vorjährigen Jahresbericht ausgesprochene Hoffnung, daß das Jahr 1931 mehr Arbeitsmöglichkeiten bieten möge, hat sich nicht erfüllt. Dagegen hat sich die Krise noch wesentlich verschärft. Im Berichtsjahr waren durchschnittlich 79,6 % unserer Mitglieder arbeitslos. Am 31. März lief unser Tarifvertrag ab. Die Löhne wurden nach der Neuregelung um 7,7 % gesenkt. Das war den Unternehmern nicht genug, sie wollten 10 % senken. Darauf traten wir in den Streik. Durch Verhandlungen der Gau- und Bezirksleitungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer blieb es bei den 7,7 % und der Streik wurde beendet. Die Geschäfte der Zahlstelle wurden in zwölf Mitgliederversammlungen, sechs Vorstandssitzungen und vier Kassenrevisionen erledigt. In mehreren Versammlungen wurde über die Einwirkungen der Notverordnungen auf die Sozialgesetzgebung eingehend gesprochen. Der Versammlungsbesuch war der Zeit entsprechend als gut zu bezeichnen. Die Einnahme für die Zentralkasse betrug 1068 M, die Ausgaben an Unterstützungen dagegen 2309,50 M. Die Einnahme der Lokalkasse, einschließlich des Bestandes zu Anfang des Jahres von 504,36 M, war 1386,85 M, der Ausgaben von 1127,77 M gegenüberstanden. Davon wurden 630,35 M für Unterstützungen verausgabt. Die Verkürzung der Arbeitszeit scheitert noch immer an dem Widerstand des reaktionären Unternehmertums. Deshalb ist es mehr denn je ein Gebot der Stunde, den Gewerkschaften die Treue zu halten. Nur durch festen Zusammenschluß in unserm Verband können wir aus den heutigen Verhältnissen herauskommen.

**Straubing. (Jahresbericht.)** Am 17. Januar tagte unsere Generalversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Kameraden den verstorbenen Kameraden Schuhbauer. Der Vorsitzende erstattete den Kartellbericht, der sich in der Hauptsache mit dem Lohn- und Preisabbau beschäftigte. Der Lohnabbau kam sehr schnell zustande, dagegen der Preisabbau will nicht recht vorwärts gehen. Aus dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß seit Bestehen der Zahlstelle noch kein so schlimmes Jahr zu verzeichnen war, wie das Jahr 1931. Wie sich das auswirkte, zeigt, daß 8 Kameraden im ganzen Jahr keine Arbeit bekamen, 23 Kameraden hatten 1 bis 10 Wochen Arbeit, 7 Kameraden 11 bis 20 Wochen, 8 Kameraden 20 bis 30 Wochen und 3 Kameraden etwa über 30 Wochen. Gauleiter, Kamerad Promm, hielt ein Referat über die Verhältnisse der Nachkriegszeit, und ermunterte die Kameraden, treu zum Verbandsstand zu stehen. Auch im Kassenbericht spiegeln sich die jetzigen Zeitverhältnisse wieder. Hierauf wurde die Neuwahl des Gesamtvorstandes vorgenommen.

**Ulm. Auf unserer Generalversammlung** berichtete der Vorsitzende eingehend über die Wirtschaftslage und die Verbandstätigkeit im verflossenen Geschäftsjahr. Die Bautätigkeit war im Zahlstellengebiet gering. Durch die Verhandlungen im Frühjahr wurde der Lohn herabgesetzt, und die Unternehmer versuchten sogar noch im Herbst, trotz des bestehenden Lohnabkommens, den Lohn nochmals zu senken und eine nach unten gerichtete Einteilung der Ortsklassen vorzunehmen. Dieses Bestreben der Unternehmer konnte erfolgreich vereitelt werden. Der Ausschuß der Zahlstellenleitung wurde einstimmig wiedergewählt. Nach Behandlung der örtlichen Angelegenheiten ermahnte der Vorsitzende die Kameraden, auch in der kommenden Zeit für den Verband zu werben und sich in keiner Weise von den Bestrebungen der Nazis und der RGO. beeinflussen zu lassen.

**Wernigerode. (Jahresbericht.)** Am 9. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende gab Aufschluß über die eingegangenen Schreiben vom Gau sowie von der Zentrale. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht vom 4. Quartal. Da die Kasse von den Revisoren geprüft und für richtig befunden war, wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Sodann erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Der Mitgliederbestand ist in unserm Zahlstellengebiet als stabil zu betrachten. Weiter berichtete er über die Lohnkämpfe des letzten Jahres. Der Stundenlohn betrug zu Beginn 1,29 M und am Schluß des Jahres 1,16 M. Es fanden insgesamt 12 Versammlungen und 7 Vorstandssitzungen statt. Den Bestrebungen des Unternehmerverbandes, unsere Zahlstelle aus der Sonderklasse nach Lohnklasse I zu bringen, ist ihnen auf Grund unserer gewerkschaftlichen Geschlossenheit nicht gelungen. Auf Antrag wurde der gesamte Vorstand wiedergewählt. Nach einem Appell des Vorsitzenden, überall im Sinne unseres Verbandes zu wirken und zu streben, fand die von gutem Gewerkschaftsgeist getragene Versammlung ihren Abschluß.

**Würzburg. (Jahresbericht.)** Unsere am 17. Januar stattgefundene Generalversammlung hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Der Vorsitzende gab einen Rückblick über das vergangene Geschäftsjahr und im besonderen über die Verhältnisse am Ort. Der Kassierer gab Rechenschaft über seine Tätigkeit. In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Verwaltung sich in guten Händen befindet, was die anschließende Neuwahl am besten bekundet, denn die ganze Verwaltung, bis auf den Schriftführer, wurde einstimmig wiedergewählt. Der Aufruf des Hauptvorstandes: „Kampf dem Faschismus“ wurde eingehend besprochen, und betont, daß wir immer auf Kampf eingestuft sind, trotz der katastrophalen Arbeitslosigkeit. Auf dem Gebiete der Lohnsenkung wird von Unternehmenseite ein frevelhaftes Spiel getrieben und sie wollen die Löhne noch weiter abbauen. Diesem Treiben müssen wir ein energisches Halt bieten. Das kann aber nur durch Zusammenschluß aller Arbeitenden in den Gewerkschaften erreicht werden. Weiter müssen sich alle Kameraden aktiv in die „Eiserne Front“ stellen. In diesem Sinne fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Zeitz. (Jahresbericht.)** Im neuen Volksheim fand am 8. Januar unsere Jahresversammlung statt. Kollege Goldstein vom Vorstand der Volksheimgesellschaft hielt eine kurze Ansprache über das neuerbaute Heim und forderte die Kameraden auf, soweit es in ihren Kräften steht, das Volksheim zu unterstützen. Kamerad Wetzelt gibt die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt. Der Mitgliederbestand betrug 231 Kameraden, davon 18 Lehrlinge. Einwendungen erfolgten nicht, und auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Hierauf gab der Vorsitzende seinen Jahresbericht. Er weist darauf, daß dieser im Druck vorliegt und die wichtigsten Ereignisse des Jahres darin enthalten sind. Eine Fülle von Arbeiten mußte erledigt werden.

Rechtsschutzanträge wurden 12 gestellt, davon aber nur 3 in Anspruch genommen. Vorstandssitzungen fanden 7, weitere 10 Mitglieder-, 3 Lehrlings- und 2 Bezirksversammlungen statt. Der Vorsitzende betont, daß trotz vieler Widerständigkeiten das Krisenjahr 1931 überstanden ist, und hofft, in Einigkeit und Geschlossenheit auch das Jahr 1932 beschließen zu können. Anschließend wurde der Jahreskassenbericht und der Bericht von der Jugendabteilung erstattet. Für die Jugendabteilung fanden 42 Modellierabende und 2 Wanderfahrten, eine an die Saaletalperre und eine nach Berlin, statt. Der Vorstand war an 5 Ortsausschusssitzungen vertreten. Vom Jugendleiter wurde ein Flugblatt über „Zweck und Ziel der Modellierabende“ an die Eltern der Lehrlinge herausgegeben. Auf Antrag wird der gesamte Vorstand wiedergewählt. Zum Schluß wird der Vorstand noch beauftragt, eine Statistik über die „Entlassungen von Lehrlingen“ zu führen, damit bei den Lohnverhandlungen diese den Unternehmern vorgehalten werden kann.

## Genossenschaftsbewegung

### Die internationale Genossenschaftsbewegung

Wenn Karl Marx in seiner berühmten Inauguraladresse an den ersten internationalen Arbeiterkongreß zu Genf (1864) unter anderm aussprach, daß die Genossenschaften einen mächtigen Anschauungsunterricht über die Möglichkeit der sozialistischen Wirtschaftsform darbieten, insbesondere wenn sie auf internationaler Stufenleiter entwickelt werden würden, so ist gerade die heutige Weltkrise des Kapitalismus und die wirtschaftliche Bedeutung der Genossenschaften in ihr ein neuer Beweis für die Richtigkeit jener im wesentlichen noch theoretischen Auffassung eines wirtschaftswissenschaftlichen Sehers, dessen ökonomische Theorie an der Schwelle praktischer Wirklichkeit steht.

Inmitten einer Welt von zirka 70 000 Konsumgenossenschaften mit rund 45 Millionen Mitgliederfamilien in 32 Nationen hat der Internationale Genossenschaftsbund vor wenigen Jahren eine Internationale Großeinkaufsgesellschaft aufgezo-gen, die nicht mehr und nicht weniger zum Ziele hat, als die internationale genossenschaftliche Waren-Ein- und -Ausfuhr nach den gleichen wirtschaftlichen Grundsätzen und Verwaltungsformen zu organisieren, wie sie den nationalen Konsumgenossenschaften und ihren Großeinkaufs-Gesellschaften zugrunde liegen. Das heißt unter Ausschaltung des Kapitalprofits bei der Warenversorgung ihrer Mitglieder — handele es sich nun um die eigene Gütererzeugung oder Güterverteilung — die Gemeinwirtschaft an die Stelle der Profitwirtschaft zu setzen.

Im Anfang war die Tat — und so kann man aus dem ersten Geschäftsbericht der Internationalen Großeinkaufs-Gesellschaft vom Jahre 1930/31 entnehmen, daß ein immer umfangreicher werdender Güter-austausch zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft zu verzeichnen ist in einer Zeit des absoluten Rückgangs des Welt-handelverkehrs. Die Experten und Geschäftsleitungen des konsumgenossenschaftlichen Großhandels, den die Großeinkaufsgesellschaften unterhalten, haben eben nur gemeinsame und keine gegensätzlichen Interessen zu berücksichtigen, wenn sie sich an den „grünen Tisch“ der Verhandlungen setzen, um den Gemeinschaftsinteressen ihrer Völker zu dienen.

Und so erfährt man unter anderm aus dem Geschäftsbericht dieser einzigartigen geschäftlichen Organisation der Konsumgenossenschaften aus 17 Ländern der Welt, daß deren Großeinkaufs-Gesellschaften im Jahre 1930 eine Einfuhr von rund 1 Milliarde Goldmark Güter auf dem Wege des gegenseitigen genossenschaftlichen Großhandels bewirkten, der seine Ueberschüsse nicht zu Profitraten des Kapitals, sondern zur Erleichterung der Wirtschaft seiner Mitglieder verwendet. Im Jahre 1929 betrug diese Einfuhr rund 1240 Millionen Goldmark, also zirka 24 % mehr, aber der

Rückgang im Jahre 1930 beruht vollständig auf der bekannten starken Preissenkung der Waren auf dem Weltmarkt, wovon allerdings der deutsche Verbraucher infolge der nahezu hermetisch abschließenden deutschen Zollpolitik kaum einen Nutzen hat.

An der konsumgenossenschaftlichen Einfuhr von rund 1 Milliarde Goldmark im Jahre 1930 entfallen allein auf England und Schottland 780 Millionen Goldmark, auf Rußland rund 80 Millionen, Deutschland 75 Millionen.

Die konsumgenossenschaftliche Einfuhr der Mitglieder der Internationalen Großeinkaufs-Gesellschaft betrug im Jahre 1930 nur rund 38 Millionen Goldmark (Deutschland 1 630 000 M), worin sich die Tatsache dokumentiert, daß die binnenwirtschaftliche Warenversorgung das Hauptelement der Konsumgenossenschaften bildet.

Wenn nun auch heute noch die zahlenmäßige Bedeutung des genossenschaftlichen Ein- und Ausfuhrhandels relativ klein ist, gemessen am Milliardenverkehr des Welthandels, so ist doch unverkennbar das grosse Prinzip der Gemeinwirtschaft, dessen Durchführbarkeit und Nützlichkeit allen Völkern gleichmäßig dienstbar gemacht werden kann. Die Weltwirtschaftskonferenzen späterer Zeiten werden bestimmt unter dem Einfluß der Ergebnisse internationaler Großeinkaufs-Gesellschaften der Konsumgenossenschaften stehen. Zum Nutzen aller Völker. Und nicht zuletzt des deutschen Volkes.

## Arbeiterversicherung

### Aerztervertrag und Krankenkassen nach der Notverordnung

Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 hat in das Verhältnis der Krankenkassen zu den Aerzten eingegriffen. Bisher sind die Verhandlungen der Krankenkassen mit den Aerzten „nie zur Ruhe gekommen“, trotzdem als eine der wichtigsten Leistungen der deutschen Krankenversicherung die ärztliche Behandlung an den Krankenkassenmitgliedern zu gelten hatte. Nebenbei darf aber auch die Zahlung der Krankengelder an die Erkrankten für die notwendigste Weiterexistenz der Familienmitglieder als mindestens sehr wichtig von der Aerzteschaft nicht verkannt werden. Es darf allerdings nicht die ärztliche Behandlungsart der Krankenkassenmitglieder dahin führen, daß die Aerzteschaft von den einzelnen Krankenkassen mehr an Aerzthonorar als die Krankenkassenmitglieder an Krankengeld erhalten (siehe unter anderm Frankfurt a. M.: 1930 auf 100 M Ausgabe 24,26 M Arzthonorar und 22,78 M Krankengeld). Dann kamen die Krankenkassenvorstände mit Recht auf den nur allein richtigen und proletischen Gedanken, daß die freie Aerzteschaft in den Krankenkassen ohne gewisse Beschränkungen nicht aufrechtzuerhalten möglich ist. Das Vertrauensärztesystem scheint hier also nicht voll auf fruchtbringend für die Allgemeininteressen (Kassenmitglieder und Aerzteschaft) gewirkt zu haben, sondern es zeigte sich hier vielmehr schon ein „Versorgungsaufbau der Aerzteschaft“ zuungunsten respektive zum Schaden der Krankenkassenmitglieder. Trotzdem nun in der neuen Notverordnung die Regelung und das Zustandekommen des Vertrages zwischen Aerzten und Krankenkassen, Einführung der Ge-

## Kameraden!

Sichert auch bei Erwerbslosigkeit Eure Mitgliedschaft und damit Eure Rechte im Verband. Haltet ständig Fühlung mit Eurer Zahlstelle. Die Mitgliedsbücher erwerbsloser Kameraden sind durch Kleben der Freimarken laufend in Ordnung zu halten.

samtvergütung (Kopfpauschale) das durch die kassenärztliche Vereinigung unter die Aerzte verteilt wird, Organisation und Vollmachten der kassenärztlichen Vereinigung, Zulassung zur Kassenpraxis usw. vorgesehen ist, so muß doch die jetzt zugegebene Aenderung der Verhältniszahl von 1000 auf 600 Kassenmitglieder je ein Arzt große Bedenken erregen. Hieran werden auch die in Händen befindlichen Vollmachten des Reichsausschusses für Aerzte und Krankenkassen zum Erlaß der Ueberleitungs- und Ausführungsbestimmungen meines Erachtens wenig ändern können, sondern die alten, gemachten Erfahrungen, das heißt ewiger Aertzekampf mit den Krankenkassen, wieder auftauchen. Bekanntlich ist im „Kampf“ der Leipziger Aertzeverband führend, und könnte dieser der organisierten Arbeiterschaft oft als Muster dienen — wenn die Arbeitnehmerschaft in ihren Organisationen keine Zersplitterung aufzuweisen hätte. Hoffentlich sieht dieses der Teil der Arbeitnehmerschaft bald ein, der bisher der zentralen Gewerkschaftsorganisation und der politischen Partei noch fern steht. Dieses ist jetzt um so mehr notwendig, da nicht nur das Scharfmachertum aller Schattierungen im Lohnabbau geschlossen wirkt, sondern auch noch nebenher die Einführung von Verschlechterungen in unserer deutschen Sozialversicherung erstrebt, wie aus den vorstehenden Darlegungen klar ersichtlich ist. Auch diese leider in Kauf zu nehmenden Verschlechterungen wären zu verhindern gewesen, wenn die gesamte deutsche Arbeitnehmerschaft voll auf einig und organisatorisch, in gewerkschaftlicher und politischer Hinsicht, auf der Höhe gewesen wäre. R. V.

### Nationalsozialisten und Krankenkassen

Die antisoziale Einstellung der Nationalsozialisten wird, wie auf vielen andern Gebieten, so auch auf dem Gebiet der Krankenversicherung durch einige recht deutliche Aeußerungen ihrer Presse und ihrer Redner bewiesen, von denen in diesem Zusammenhang nur zwei zitiert sein sollen. Der „Völkische Beobachter“ Nr. 296, Jahrgang 1930, schreibt:

„Eine wesentlich bessere Reform würde die Herausnahme der Krankenversicherung aus der Staatswirtschaft und die Ueberführung derselben in die Privatwirtschaft sein. Die heute gegebene Möglichkeit, daß der Versicherte sich gewissermaßen als Staatspensionär fühlt, würde wegfallen. Zuschüsse von seiten des Staates könnten aufhören...“

Nach der „Deutschen Handelswacht“ Nr. 13, Jahrgang 1931, gibt der „Völkische Beobachter“ ohne ablehnenden Zusatz den Vortrag des nationalsozialistischen Arztes Dr. Bäumer, Mülhausen, auf einer Münchener Versammlung des Nationalsozialistischen Aertzebundes wieder, in dem es heißt:

„Die Krankenversicherung ist ein zweifellos Fehlgriff; für das erstrebte Ziel wäre eine Brot- oder Kleiderversicherung besser gewesen. Sie wirkte sich lediglich gegen einen Stand aus: die Aerzte. Es ist ein Unding, eine Versicherung zu treffen, die es dem einzelnen völlig freistellt, die Versicherung zu beanspruchen. Jeder Arzt kennt eine Reihe von Fällen, in denen der Versicherte darauf ausgeht, die Krankenkasse zu schädigen. Das schlimmste ist die Verquickung mit der Krankengeldversicherung. Man kann ein Volk nicht dauernd vor der gebotenen Versicherung bewahren und hintennach die Moralpauke schlagen. Die Folge der Belastung der Krankenkasse hatte nun der Arzt zu tragen. Aber wer ist imstande zu sagen, wann ein Mensch nach schwerer Erkrankung wieder gesund ist? Bei schweren Neuralgien, bei Ischias, die objektiv nicht nachweisbar sind, muß man den Patienten Glauben schenken. Deshalb gibt es nur eine Lösung: Wir müssen weg vom Kollektivismus, die Krankenversicherung muß eine Krankensparkasse werden, und zwar eine Zwangssparkasse für die Kosten der Krankheit. Was übrig bleibt, muß der Versicherte für seine Erben bekommen.“

## Arbeitsrechtliches

### Betriebsräterecht

Für den Ablauf der Amtszeit des Baudelegierten kommt in erster Linie in Frage, ob die Arbeit auf der Bau- oder Arbeitsstelle dem Ende nahe oder ob sie beendet ist. Sind auf einer Arbeitsstelle mehrere Delegierte auf Grund der Belegschaftsstärke, so erlischt bei Verringerung der Arbeiterzahl das Amt der dadurch überzählig werdenden Delegierten entsprechend der Delegiertenzahl, wie sie im § 8 Ziffer 1b für die Betriebsvertretung im Baugewerbe geregelt ist. Nach Aufforderung des Arbeitgebers hat die Belegschaft innerhalb dreier Tage zu entscheiden, welche Personen als Delegierte ausscheiden. Wird in einer Betriebsversammlung zu der Verringerung der Delegierten Stellung genommen, dann müssen die formellen Voraussetzungen für die wirkliche Ausschaltung eines der Delegierten vorliegen. Dem Reichsarbeitsgericht lag zur Entscheidung ein Fall zugrunde, wo ein aus der Betriebsvertretung ausscheidender Delegierter in der fraglichen Versammlung nicht anwesend war, die Betriebsversammlung aber dennoch entschied, daß er ausscheiden müsse, und dem Arbeitgeber davon Mitteilung machte. Das Reichsarbeitsgericht hat dieses Ausscheiden für nichtig erklärt und betont, daß der Einberufer der Versammlung dafür Sorge tragen müsse, daß der Betroffene benachrichtigt wird. Ist die Benachrichtigung nicht erfolgt, so ist der Beschluß der Belegschaftsversammlung, der einen nicht benachrichtigten Baudelegierten seines Amtes enthob, unwirksam, und er ist trotz des Beschlusses noch weiter als Baudelegierter anzuerkennen.

Aus dieser Stellungnahme des Reichsarbeitsgerichts in seinem Urteil vom 24. Oktober 1931, 150/31, wird also zum Ausdruck gebracht, daß, wo zum Beispiel bei drei Baudelegierten durch Verringerung der Belegschaftszahl nur zwei Delegierte in Frage kommen können, der Betroffene unter allen Umständen benachrichtigt werden müsse. Er muß auch dann benachrichtigt werden, wenn er seine Arbeit vorübergehend auf einer andern Baustelle ausübt. Im allgemeinen wird ein Anschlag im Betrieb oder eine mündliche Mitteilung von Mund zu Mund als ausreichende Einladung angesehen werden können. Soll dagegen durch einen Beschluß der Belegschaftsversammlung in die besonderen Rechte eines Betriebsangehörigen eingegriffen werden, und das ist in Fällen, wo der Betroffene Delegierter ist, der Fall, so muß der Einberufer der Versammlung dafür Sorge tragen, daß der Betroffene benachrichtigt wird. Das ist die grundsätzliche Stellungnahme des Reichsarbeitsgerichts zur Verringerung der Delegiertenzahl der Betriebsvertretung im Baugewerbe, und es ist notwendig, daß in allen Fällen in der oben angeführten Form gehandelt wird.

## Politische Wochenschau

Der Gendarmeriekommissar von Hildburghausen — Von der Abrüstungskonferenz — Für Arbeitsbeschaffung — Tagung des Parteiausschusses — Zollfreie Gefrierfleischzufuhr.

Die größte politische Sensation der letzten Zeit war die Ernennung des Bandenführers Hitler zum Gendarmeriekommissar von Hildburghausen. Der berühmte Heimkrieger von Pirmasens, der ehemalige Naziotenminister von Thüringen, Dr.

Frick, hat die Schiebung in die Wege geleitet mit der Absicht, dem großen Trottel vom braunen Haus die deutsche Staatsangehörigkeit zu erschleichen. Hitler ist als ehemaliger österreichischer Fahnenflüchtiger und Deserteur staatenlos. Da er nunmehr vom Bandenführer zum Präsidenten des Deutschen Reiches avancieren will, muß er natürlich deutscher Staatsangehöriger sein. Die erschlichene Staatsangehörigkeit ist natürlich rechtsunwirksam. Der naziotische Bandenführer und seine Helfershelfer haben sich unsterblich blamiert. Komödientexte und Couplettdichter haben Stoff, der zur Erheiterung des Publikums dienen kann.

Die am 2. Februar eröffnete Abrüstungskonferenz ist ein bedeutsames internationales Ereignis. Etwa 2000 Delegierte und Journalisten aus allen zivilisierten Ländern der Welt haben sich in Bewegung gesetzt, um an dem großen Friedensfeldzug in Genf teilzunehmen. Etwa 170 Millionen Menschen sind auf der Internationalen Abrüstungskonferenz vertreten. Die ersten Arbeiten der Konferenz waren rein geschäftlicher Natur. Die Generaldebatte erfolgt erst in den nächsten Tagen. Die Regierungen aller maßgebenden Länder werden dabei zu Worte kommen.

Am 3. Februar fand im Reichstag eine Besprechung zwischen den Vorständen der Sozialdemokratischen Partei, der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Afa-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes statt, in der die verschiedenen Pläne für umfangreiche Arbeitsbeschaffung ausgiebig erörtert wurden. Die Aussprache wurde nicht beendet, sie soll fortgesetzt werden. Uebereinstimmung bestand unter den verschiedenen Körperschaften darüber, daß alle Möglichkeiten zur Arbeitsbeschaffung gefördert, ebenso entschieden aber etwaige inflationistische Gefahren bekämpft werden müssen.

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei begann am 4. Februar eine Tagung, in der zunächst organisatorische Fragen, die mit der Bildung der Eisernen Front zusammenhängen, zur Sprache kamen. Der Parteiausschuß beschäftigte sich dann mit der internationalen Lage und mit der Wirtschaftskrise, wobei verschiedene Pläne zu vermehrter Arbeitsbeschaffung erörtert wurden.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit dem Einspruch des Reichsrats gegen das vom Reichstag beschlossene Gesetz über die Einfuhr von Gefrierfleisch. Angenommen wurde folgender sozialdemokratischer Gesetzentwurf über die Einfuhr von Gefrierfleisch: Zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigem Fleisch wird mit Rückwirkung vom 1. März 1931 an jährlich ein Kontingent von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch zur Einfuhr zugelassen.

## Briefkasten der Redaktion

Freiburg, S. M. Wer Mitglied bleiben will, muß es der Kasse binnen 3 Wochen nach dem Ausscheiden oder im Falle der Arbeitsunfähigkeit nach Beendigung der Leistungen aus der Krankenversicherung anzeigen.

Oderberg, F. B. Zur Herstellung des Papiers für unser Verbandsorgan „Der

Zimmerer“ sind 4750 Zentner Holz pro Jahr nötig. Das ergibt 339,4 cbm.

A. T. E. Die vom Arbeitsamt erteilte Auskunft ist richtig. Dein Arbeitgeber war nicht die Zeche, sondern das Baugeschäft B. B. Letzteres fällt unter die Betriebsart, für die „berufsbliche Arbeitslosigkeit“ besteht. Dein Bruder fällt nicht unter die Saisonarbeiterunterstützung. Die Unterstützung von 14,63 M. ist richtig.

J. J. aus L. 1. Das Alter von 55 Jahren kommt in keinem Fall in Frage. 2. Ruhegeld, das gleichbedeutend mit Altersrente ist, erhält der versicherte Angestellte, der das Alter von 65 Jahren vollendet hat oder durch körperliche Gebrechen oder wegen Schwäche seiner körperlichen und geistigen Kräfte zur Ausübung seines Berufes dauernd unfähig ist.

## Literarisches

Otto Braun. Eine Biographie aus der Feder Erich Kuttners. R. Kittler-Verlag, Leipzig. Aus den 100 Seiten dieser Biographie sieht uns der ganze Otto Braun an. Kuttner, einer der besten politischen Schriftsteller, bringt es fertig, den kühlen, übersichtlichen Otto Braun auch für Massenwirkung nahe zu bringen. Das Buch, obwohl von jeder Sensation und von literarischem Spielereien frei, liest sich spannend wie der Roman eines Kämpfers und Helden, und es sind doch nur Tatsachen und knappe Auszüge von Parlamentsreden mitgeteilt. Das treffliche Buch verdient weitestgehende Verbreitung.

Das Februar-Heft der Zeitschrift „Die Büchergilde“ macht die größere Öffentlichkeit zum ersten Male mit einem Künstler bekannt, der es verdient, an die Seite eines Franz Masereel gestellt zu werden. Professor Karl Rössing, von dem die Büchergilde ein großes Holzschnittwerk „Mein Vorurteil gegen diese Zeit“ in Vorbereitung hat, ist in der vorliegenden Zeitschrift mit drei Arbeiten vertreten. Die Zeitschrift wird den Mitgliedern monatlich gratis geliefert.

## Anzeigen

### Sterbetafel

- Berlin. Am 25. Januar starb unser Kamerad August Menz im Alter von 76 Jahren an Altersschwäche.
- Danzig. Am 21. Januar starb unser Kamerad Kurt Tiedemann im Alter von 26 Jahren.
- Elbing. Am 24. Januar starb unser Kamerad Franz Dau im Alter von 48 Jahren an Magenkrebs.
- Flensburg. Am 19. Januar starb unser Kamerad Peter Christiansen im Alter von 77 Jahren.
- Hamburg. Am 2. Februar starb unser Kamerad Georg Krauch im Alter von 50 Jahren an Schlaganfall.
- Kassel, Bez. Calden. Am 31. Januar starb unser Kamerad Franz Wetzel im Alter von 64 Jahren an Schlaganfall.
- Leipzig. Am 28. Januar starb unser Kamerad Richard Vogel im Alter von 61 Jahren an Lungenzerreißung.
- Lipphe. Am 31. Januar starb unser Kamerad Willi Lange im Alter von 22 Jahren an Tuberkulose.
- Neugersdorf. Am 27. Januar starb unser Kamerad Paul Proft im Alter von 30 Jahren an Lungenleiden.
- Segeberg. Am 1. Februar starb unser Kamerad Friedrich Bargholz im Alter von 52 Jahren.
- Swinemünde. Am 27. Januar starb unser Kamerad Karl Schmidt im Alter von 20 Jahren.
- Wesermünde. Am 30. Januar starb unser Kamerad Christian Harrie im Alter von 25 Jahren an Blutsturz.

Ehreihrem Andenken!

### Achtung!

Sich. Existenz im Hause! Gesucht

werd. ehrl. Pers. zw. Errichtg.

Maschinen-Heimstrickerei.

Geboten wird lauf. Beschäftigt, f. uns zu hohen Preisen. Ris. u. Vorkenntnisse nicht erford.

Verl. Sie sof. Gratiskunf

F. J. Kerstian & Co. Bin.-Hainsee 385

### Ischias-, Gicht- und Rheumatis-muskranke

teile ich gern gegen 15 S. Rückp. sonst kostenfrei, mit wie ich vor Jahr v. mein schw. Ischias u. Rheumaleiden in ganz kurzer Zeit befreit wurde.

Jean Stieling Kantinenpächter Frankfurt/Oder 128 Jüdenstraße 6

Mit 1 RM. können Sie durch Zusammensp. a. d. höchst. Lotteriegew. teilhab.

Kostenlose Auskunft: Spielgemeinschaft, Berlin W 57, Dennastr. 2

## Günstige Gelegenheit!

Durch Wasserschaden in unserm Zentrallager hat die Fachliteratur gelitten. Wir geben von dieser leicht beschädigten Literatur das Standardwerk

## Das Buch der Zimmerleute

von Fritz Kreß, 248 Seiten Großformat, mit 956 Abbildungen und Zeichnungen, zum Preise von 8 M. ab. (Buchhandelspreis 16 M.) — Bestellungen sind an den Verlag des „Zimmerer“, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus, Zimmer 47, zu richten.